

verband. Seit 1903 Angehöriger der National-liberalen Partei, wurde er 1907 Mitglied des Reichstages, 1917 Fraktionsvorsitzender. Im 1. Weltkrieg war Stresemann im Alldeutschen Verband ein Verfechter der Annexionspolitik. Nach dem Sturz der Monarchie gründete Stresemann 1918 die monarchistisch gesinnte Deutsche Volkspartei (DVP), die sich von der links-liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) deutlich abgrenzte. Als Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages wandelte sich Stresemann vom Monarchisten zum Realpolitiker und Befürworter des Weimarer Staates. Als Kanzler der großen Koalition im Krisenjahr 1923 fand er den Mut, den aussichtslosen Widerstand gegen die Ruhrbesetzung (► 10.20) abzubauen. Unter seiner Kanzlerschaft wurde die Inflation (► 10.21) gestoppt und die Stabilisierung der Währung erreicht. Stresemann scheiterte als Reichskanzler am 23. November 1923 an der dem Reichstag gestellten Vertrauensfrage, er blieb aber als Außenminister vom 30. November 1923 bis zu seinem Tod am 3. Oktober 1929 in allen folgenden Kabinetten die überragende Persönlichkeit. In dieser Zeit hat er die deutsche Politik so maßgeblich geprägt, dass manche Historiker diese kurze Zeitspanne der relativen Konsolidierung der Republik auch die »Ära Stresemann« genannt haben.

Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Frankreich war sein Hauptanliegen, weil er erkannt hatte, dass nur auf diesem Wege die Rückkehr Deutschlands als gleichberechtigter Partner in den Kreis der europäischen Mächte



◀ In seiner letzten großen Rede sprach sich der deutsche Außenminister und Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann vor der Generalversammlung des Völkerbundes am 9. September 1929 für allgemeine Abrüstung und ein vereintes Europa aus

erreicht werden konnte. Dazu musste dem französischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden. Das Vertragswerk von Locarno (► 10.26) vom 16. Oktober 1925 schuf die Grundlagen für die von ihm und dem französischen Außenminister Aristide Briand in enger Übereinstimmung betriebene Aussöhnung der beiden ehemaligen Kriegsgegner.

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (► 10.27) am 8. September 1926 war die Folge. In den Verhandlungen um das Zustandekommen des Kellogg-Paktes (► 10.28) im August 1928 spielte Stresemann, neben Briand, eine maßgebliche Rolle. Beiden war am 10. Dezember 1926 der Friedensnobelpreis verliehen worden.

Mit seiner sich an den Realitäten orientierenden maßvollen Revisionspolitik hat Stresemann für seine Person und für die deutsche Republik ein außerordentlich großes Vertrauenskapital in Europa und in den Vereinigten Staaten angesammelt, im innerdeutschen Bereich dagegen wurde er weiterhin von der Presse der Nationalisten als »Erfüllungspolitiker« beschimpft, selbst seine eigene Partei, die DVP, war nicht immer bereit, ihm zu folgen.

Stresemann hat sich konsequent und mit größter Energie bemüht, von den Franzosen die Zusage der sofortigen Rheinland-Räumung (► 10.31) zu erhalten. Aber auch Briand konnte ihm diese für Stresemanns innenpolitische Position so wichtige Zusage nicht geben, da er auf die in dieser Frage noch immer nicht konzessionsbereite Stimmung in der französischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen hatte. Als

die Rheinland-Räumung zum 30. Juni 1925 endgültig zugesagt wurde, wenn Deutschland im Gegenzug den Youngplan (► 10.30) akzeptierte, da ging dieser diplomatische Erfolg Stresemanns – das genannte Datum lag immerhin 5 Jahre vor dem im Versailler Vertrag (► 10.11) festgelegten Termin – in der zügellosen aggressiven nationalistischen Agitation gegen den Youngplan völlig unter.

Kurz vor seinem Tod hat sich Stresemann bitter darüber beklagt, dass ihm seine französischen Partner nicht früher und mit Rücksicht auf seine exponierte Stellung eindrucksvolle Zugeständnisse gemacht haben, die er dem deutschen Volk als beachtliche außenpolitische Erfolge hätte präsentieren können. Das hätte ihn in die Lage versetzt, der gegen ihn gemachten Agitation wirkungsvoller entgegenzutreten und für seine Politik die junge Generation zu gewinnen, die, wie er mit Sorge feststellte, im Begriff war, rechtsradikalen Volkserführern in die Hände zu fallen.

10.26 Locarno

Die Anregung zu der Konferenz von Locarno, die vom 5. bis 16. Oktober 1925 stattfand, hatte Stresemann (► 10.25) gegeben. Er bot den Westmächten die grundsätzliche Regelung des für Frankreich so entscheidend wichtigen Sicherheitsproblems an, indem er vorschlug, die deutsch-französische und die deutsch-belgische Grenze sollten in einem Pakt für unabänderlich erklärt und garantiert werden.

Am 16. Oktober abgeschlossenen Vertragswerk von Locarno verzichteten Deutschland, Frankreich und Belgien auf eine gewaltsame Veränderung ihrer gemeinsamen Grenzen. Großbritannien und Italien traten dem Abkommen als Garantemächte bei. Die im Versailler Vertrag (► 10.11) festgelegte Westgrenze wurde somit von Deutschland endgültig anerkannt.

Das Vertragswerk fand international als Fundament für eine neue europäische Ordnung volle Anerkennung. In Deutschland dagegen liefen die Nationalisten Sturm gegen den Locarno-Vertrag und gegen Stresemann, dem sie vorwarfen, unnötig deutsche Rechtsansprüche aufgegeben zu haben.

Am Tage der Unterzeichnung der Verträge durch Reichskanzler und Außenminister in London (1. Dezember 1925) begannen die briti-

schen Truppen mit der Räumung der 1. Zone des besetzten Rheinlandes. Aber die Hoffnungen der deutschen Regierung und aller der Verständigungspolitik Stresemanns positiv gegenüberstehenden Deutschen, dass nun nach Locarno zügig die Freigabe des gesamten, seit 1919 besetzten Gebietes erfolgen würde, wurden – vorerst – nicht erfüllt.

In den Locarno-Verträgen ging Deutschland auch so genannte Schiedsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei ein, in denen die Vertragspartner auf eine gewaltsame Revision ihrer gemeinsamen Grenzen verzichteten. Stresemann lehnte jedoch die Aufforderung, entsprechend dem Garantiepakt für die Westgrenzen ein ähnliches Abkommen, ein »Ostlocarno«, über die deutschen Ostgrenzen zu vereinbaren, kategorisch ab und behielt sich ausdrücklich den Anspruch auf eine spätere friedliche Revision der Verhältnisse im Osten vor.

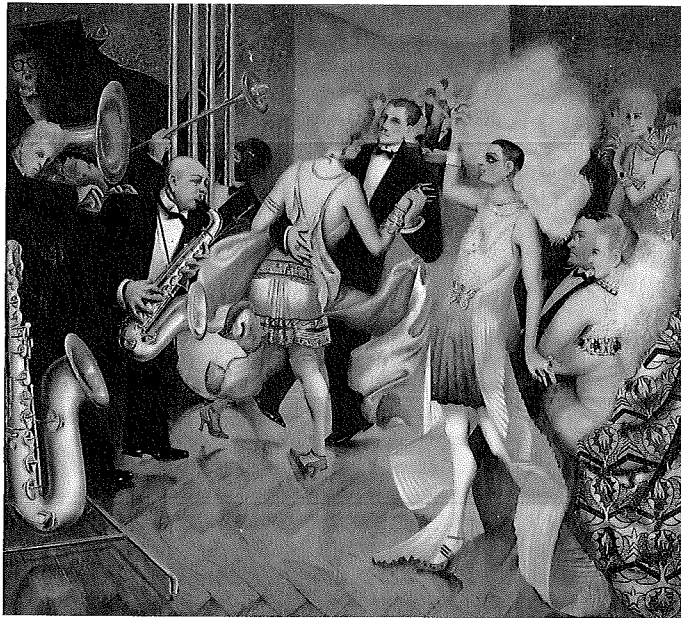
10.27 Völkerbund

Der auf der Pariser Friedenskonferenz beschlossene Völkerbund entstammte einer Lieblingsvorstellung des amerikanischen Präsidenten Wilson, die er schon in seinen *Vierzehn Punkten* (► 9.27) verankert hatte. Durch einen solchen Bund aller Völker der Welt sollten zukünftig Kriegskatastrophen von vornherein unmöglich gemacht werden.

In Versailles waren 32 ehemalige Gegner Deutschlands sowie 13 Neutrale dem Völkerbund beigetreten. Deutschland und die übrigen ehemaligen Feindmächte blieben vorerst ausgeschlossen. Der Text der Völkerbundssatzung war Teil I des Versailler Vertrages.

Das Ansehen und die Durchsetzungskraft des Völkerbundes waren schon im Anfang dadurch entscheidend geschwächt, dass die USA selbst dieser Institution nicht beitraten.

Oberstes Organ des Völkerbundes waren die Bundesversammlung und der Völkerbundsrat, die beide wie auch das Generalsekretariat ihren Sitz in Genf hatten. Die Bundesversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme besaß, tagte einmal im Jahr, dem Völkerbundsrat gehörten als ständige Mitglieder Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan an, später kamen Deutschland und die UdSSR hinzu, neun Ratsmitglieder wurden jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren in den Völkerbundsrat gewählt.



◀ Film, Schallplatte und Rundfunk prägten auch in Deutschland das Erscheinungsbild der »Goldenen Zwanzigerjahre«. In der Mittellage seines 1927/28 entstandenen Triptychons »Großstadt« zeichnete der Maler Otto Dix ein Bild der gegen den bürgerlichen Kulturbetrieb gerichteten Avantgarde, die Jazz hörte und Charleston tanzte (Stuttgart, Galerie der Stadt Stuttgart)

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund war in den Locarno-Verhandlungen verabredet worden; sie erfolgte am 8. September 1926, nachdem einige Probleme, u. a. wegen der möglichen, aus dem Status der Mitgliedschaft für Deutschland entstehenden Verpflichtung zur Teilnahme an Sanktionen gegen die Sowjetunion, geklärt und die gleichzeitige Anerkennung des Deutschen Reiches als ständiges Mitglied im Völkerbundsrat durchgesetzt worden waren. Stresemanns Rede vor der Bundesversammlung, in der er wie sein Vorredner Briand auf die Bedeutung des Tages hingewiesen und eine neue Ära der Völkerverständigung angekündigt hatte, fand demonstrativen Beifall. Deutschland war wieder ein voll anerkanntes, gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie. Das war hauptsächlich Stresemann zu verdanken.

Die nationalsozialistische Reichsregierung unter Hitler hat im Oktober 1933 die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund wieder aufgekündigt.

10.28 Kellogg-Pakt

Der nach dem amerikanischen Außenminister Kellogg benannte Pakt, durch den zukünftig jeder Krieg moralisch unmöglich gemacht wer-

den sollte – deshalb auch Kriegsächtungspakt genannt –, war auf eine Initiative des französischen Außenministers Briand zustande gekommen, der ein internationales Abkommen zur Friedenssicherung vorgeschlagen hatte. Kellogg hatte den Plan weiter ausgebaut. An die Stelle der militärischen Lösung eines Streitfalles sollte die friedliche Regelung jedes Problems vor einem Schiedsgericht treten. Fortan sollte der im nationalen Interesse geführte Angriffskrieg, den die Völkerbundssatzung unter gewissen Voraussetzungen noch zugelassen hatte, als völkerrechtswidrig gelten.

Bei den diesem Vertragsabschluss vorangegangenen Verhandlungen hatte sich neben den Amerikanern und Franzosen besonders die deutsche Delegation, an ihrer Spitze der schwer erkrankte Stresemann, hervorgetan. Am 27. August 1928 wurde der Pakt in Paris von 15 Nationen unterzeichnet, 45 weitere Länder, darunter auch die Sowjetunion, haben sich dem Pakt angeschlossen. Mit Stresemann betrat zum ersten Mal nach dem Krieg wieder ein deutscher Außenminister französischen Boden. Wie sehr gerade seine Friedensarbeit jetzt auch in Frankreich anerkannt wurde, machte dieser Besuch deutlich. Überall, wo der deutsche Außenminister in der Öffentlichkeit zu sehen war und erkannt wurde, begrüßte ihn

10.29 Paul von Hindenburg

Paul von Beneckendorff und von Hindenburg, wie sein voller Name lautete, wurde am 2. Oktober 1847 in Posen als Sohn eines preussischen Offiziers und Gutsbesitzers geboren. Er nahm als junger Offizier am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 teil, wurde 1903 Kommandierender General und erhielt 1911 seinen Abschied aus der Armee.

Nach dem Kriegsausbruch 1914 reaktiviert, konnte er als Oberbefehlshaber der 8. Armee an der Ostfront zusammen mit seinem Generalstabschef Beneckendorff die in Ostpreußen eingedrungenen russischen Armeen bei Tannenberg (► 9.17) und an den Masurischen Seen vernichtend schlagen. Seitdem mit dem Mythos des »Siegers bei Tannenberg« versehen, übernahm Hindenburg Ende August 1916 zusammen mit Ludendorff (als 1. Generalquartiermeister) die Oberste Heeresleitung (OHL; ► 9.21), die unter der

Leitung der beiden Feldherren eine starke Machtposition gegenüber der Reichsregierung und zunehmend auch gegenüber dem Kaiser ausbaute. Anfang November 1918 riet Hindenburg, um die Monarchie zu retten, Kaiser Wilhelm II. zur Abdankung nach Holland. Zusammen mit dem Nachfolger Ludendorffs, dem General Groener, schickte er sich der neuen Regierung in Berlin zur Verfügung, um die revolutionären Unruhen im Lande zu bekämpfen und die Fronttruppen reibungslos in die Heimat zurückzuführen. Später trat er durch seine Aussage vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der die Ursachen der Niederlage klären sollte, dazu bei, dass die Dolchstoßlegende (► 10.13) bekräftigt wurde und schwerwiegende Wirkungen erzielte.

Nach dem Tod des Reichspräsidenten Ebert wurde Hindenburg von den Rechtsparteien für den Wahlgang am 26. April 1925 als Kandidat für die Nachfolge Eberts aufgestellt. Er siegte mit 14,6 Millionen Stimmen gegen den Kandidaten der Weimarer Koalition, den Zentrumsführer Wilhelm Marx, der 13,7 Millionen Stimmen erhielt. Hindenburg hat sich bemüht, sein Amt im Rahmen der Verfassung korrekt auszufüllen, aber nie einen Hehl daraus gemacht, dass er ein Anhänger der Monarchie gewesen war.

Als Hindenburg im März 1930 den Zentrumsführer Heinrich Brüning (► 10.33) zum Kanzler des Reiches ernannte, ohne das Parlament einzuschalten, schlug er den Weg zur Aushöhlung des parlamentarischen Systems und zur Einführung des Präsidialregimes (► 10.36) ein. Bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 wurde er für eine weitere Amtsperiode wieder gewählt, jetzt allerdings mit den Stimmen der Parteien der Mitte und der Sozialdemokraten, während die Deutschnationalen und Nationalsozialisten die Kandidatur Adolf Hitlers unterstützten.

Nachdem Brüning – nicht zuletzt, weil er den Interessen der ostelbischen Großgrundbesitzer im Wege stand – von Hindenburg fallen gelas-



▲ Am 26. April 1925 wurde der bereits hoch betagte Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg als Nachfolger Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten gewählt. Im Bild ein für die Wahlkämpfe der Weimarer Zeit üblicher Werbeumzug mit Anhängern Hindenburgs; auf Plakaten wird dieser als »Retter« angepriesen

sen worden war, führte der Reichspräsident die Praxis des Präsidialregimes fort und ernannte, den Ratschlägen eines kleinen Kreises seiner Umgebung folgend, zu der auch sein Sohn gehörte, am 1. Juni 1932 Franz von Papen, am 3. Dezember 1932 den General Kurt von Schleicher und schließlich am 30. Januar 1933 Adolf Hitler, den Führer der NSDAP, zum Reichskanzler.

Zur Legitimation des NS-Regimes bereit und unfähig, der sich abzeichnenden Gewaltherrschaft entgegenzutreten, hat der von den Entscheidungen abgedrängte Hindenburg durch die Unterzeichnung der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (nach dem Reichstagsbrand; ► 11.3) wie durch seine Mitwirkung am »Tag von Potsdam« (21. März 1933; ► 11.4) zur Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen. Nach Hindenburgs Tod am 2. August 1934 übernahm Hitler selbst das Amt des Staatsoberhauptes.

10.30 Youngplan

Unter Vorsitz des amerikanischen Finanzmanagers Owen D. Young trat im Februar 1929 in Paris eine Sachverständigenkonferenz zusammen mit dem Ziel, das Problem der deutschen Reparationen (► 10.18) neu zu regeln, da sich herausgestellt hatte, dass die im Dawesplan (► 10.24) festgelegten Jahreszahlungen von der deutschen Wirtschaft nicht aufgebracht werden konnten. Auf deutscher Seite nahmen Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und der Großindustrielle Albert Vögler an dieser Konferenz teil. Der dort ausgearbeitete Youngplan legte die Höhe der Reparationssumme und die Dauer der zu leistenden Zahlungen endgültig fest. 112 Milliarden Goldmark sollten in 59 Jahresraten von durchschnittlich 2 Milliarden Mark gezahlt werden. Die neu gegründete »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« in Basel übernahm die Verwaltung der deutschen Zahlungen.



◀ Die Zeit der Weimarer Republik war trotz politischer und sozialer Erschütterungen eine ausgesprochen schöpferische Periode deutscher Kultur. Architektur, Malerei, Literatur und Filmkunst standen auf hohem Niveau. Ihr Forum war die Großstadt. Das 1925 aufgenommene Foto zeigt den im Zentrum der Metropole Berlin gelegenen Alexanderplatz

Der neue Plan stellte in vielen Punkten eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Dawesplan dar. Das Deutsche Reich erhielt die alleinige Verantwortung für die Zahlungen in fremder Währung, die internationalen Kontrollen über Reichsbank und Reichsbahn entfielen. Aber die lange Dauer der Zahlungsverpflichtungen über Generationen rief Enttäuschung und Empörung in Deutschland hervor. Während die Reichsregierung und mit besonderer Eindringlichkeit Außenminister Stresemann sich für die Annahme des Planes durch den Reichstag einsetzten und darauf verwiesen, dass die Alliierten im Gegenzug zu der Ratifizierung des Youngplanes die vorzeitige Räumung des Rheinlandes zugesagt hatten, riefen die DNVP unter ihrem neuen Vorsitzenden, dem Rechtsextremisten Alfred Hugenberg, »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten« und die bis dahin noch weitgehend unbekanntes NSDAP (► 10.35) zu einem Volksbegehren auf und entfachten eine wüste Hetze gegen die Politiker, die den Youngplan befürworteten und unterschrieben. Das Volksbegehren für ein »Freiheitsgesetz«, das u. a. für die Unterzeichner des Youngplans Zuchthausstrafen vorsah, erreichte knapp die erforderlichen 10% der Stimmen, der anschließend eingeleitete Volksentscheid scheiterte indessen am 22. Dezember 1929. Die von den Rechtsparteien inszenierte Volksbewegung hat dem deutschen Ansehen im Ausland erheblichen Schaden zugefügt, erschwerend kam hinzu, dass der Garant der deutschen Zuverlässigkeit, Gustav Stresemann, im Oktober 1929 gestorben war.

Der deutsche Reichstag ratifizierte den Youngplan am 12. März 1930 und machte damit den Weg frei für die Rheinland-Räumung (► 10.31) bis zum 30. Juni 1930. Der Youngplan wurde in dessen im Zuge der Weltwirtschaftskrise durch das Abkommen von Lausanne vom 9. Juli 1932 aufgehoben, das bei einer Restschuld von 3 Milliarden Mark die deutschen Reparationsschulden löschte.

10.31 Rheinland-Räumung

Wegen der Frage der Reparationen (► 10.18) hat sich aus dem Versailler Vertrag (► 10.11) ein anderer Problemkreis das deutsche Volk in den Zwanzigerjahren so permanent beschäftigt und in Unruhe versetzt wie die schmerzende Wunde des besetzten Rheinlandes und die Frage seiner vorzeitigen Räumung. Mit In-Kraft-Treten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 waren die linksrheinischen Gebiete des Deutschen Reiches und die rechtsrheinischen Brückenkopf-Städte Köln, Koblenz und Mainz von französischen und britischen Truppen besetzt worden. Der Vertrag sah eine Besatzungszeit von 15 Jahren vor, die von den Siegermächten beliebig abgekürzt, aber auch verlängert werden konnte.

Um diese Abkürzung der Besatzungszeit ging es vorrangig in allen Bemühungen des deutschen Außenministers Stresemann (► 10.25), seit er im Herbst 1923 – noch als Reichskanzler – im Kampf gegen die Ruhrbesetzung (► 10.20) aufgebrochen und den Weg zu einer neuen konstruktiven Verhandlungspolitik mit dem französischen Nachbarn eingeschlagen hatte.

Noch während der Vorverhandlungen zur Konferenz von Locarno (► 10.26) war die Besetzung des Ruhrgebietes beendet worden, fast gleichzeitig erfolgte die Freigabe der seit 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Mit dem Abschluss des Vertragswerkes von Locarno schien nun die Zeit dafür überreif zu sein, die Frage der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes auf den Verhandlungstisch zu legen. Die deutsche Bevölkerung erwartete, dass nach dem im Locarno-Vertrag ausgesprochenen deutschen Verzicht auf eine Revision der Westgrenzen Frankreich sich nun geneigter zeigen würde, in dieser Frage dem deutschen Verlangen entgegenzukommen.

Die erste Zone des Rheinlandes, die so genannte Kölner Zone, wurde tatsächlich noch

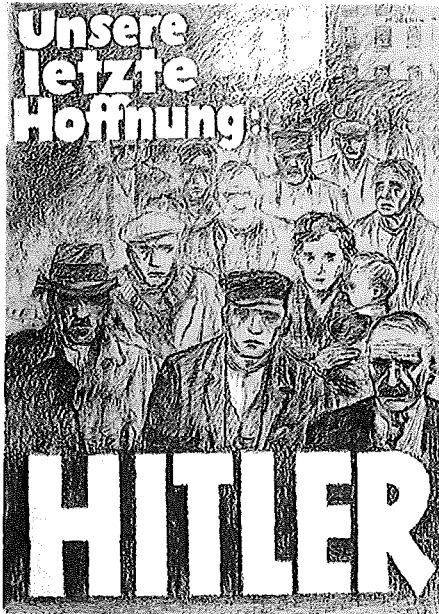
vor Ende des Jahres 1925 geräumt, zu weiteren Zugeständnissen aber waren die französischen Politiker vorerst noch nicht bereit. Stresemann rang weiter mit allen seinen Kräften um die Freigabe des besetzten Gebietes. In dem geheimnisumwitterten Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen Briand am 17. September 1926 in Thoiry wurde versucht, die vorzeitige Rheinlandräumung mit einer von Frankreich gewünschten vorzeitigen Ableistung der gesamten Reparationsschulden zu koordinieren. Der Plan ließ sich aus mehreren Gründen nicht verwirklichen, unter anderem auch, weil in Frankreich sich der Widerstand gegen eine vorzeitige Aufgabe der Besetzung versteifte, wozu nicht zuletzt die nationalistischen Töne der Stresemanns besonnene Politik verunglimpfenden politischen Rechten in Deutschland beitrugen.

Erst auf der Völkerbundstagung im September 1928 boten Großbritannien und Frankreich die endgültige vorzeitige Räumung des Rheinlandes an, wenn Deutschland der vorgesehenen neuen Regelung der Reparationsfrage im Youngplan (► 10.30) zustimmte. Bis zum 30. Juni 1930 sollte die Freigabe des ganzen Rheinlandes beendet sein. Stresemann, bereits von einer schweren Krankheit gezeichnet, hat deshalb auf die Unterzeichnung des Youngplans gedrängt, der erst fünf Monate nach seinem Tod, am 12. März 1930, vom deutschen Reichstag angenommen wurde.

Wie verabredet wurde das Rheinland freigegeben, fünf Jahre vor der im Versailler Vertrag gesetzten Frist. Als Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Brüning auf der Feste Ehrenbreitstein bei Koblenz die Befreiung des Rheinlandes mit einem Festakt feierten, wurde in ihren Reden der Mann, der seit 1923 unermüdlich und tatsächlich bis zu seinem letzten Atemzug um die Rheinlandräumung gekämpft hatte und dem die vorzeitige Freigabe zu verdanken war, nicht einmal erwähnt.

10.32 Weltwirtschaftskrise

Die deutsche Wirtschaft hatte sich in den Jahren nach der Inflation von 1923 relativ schnell erholt. Mithilfe vor allem amerikanischer Kredite war die Investitionsbereitschaft der Unternehmer kräftig unterstützt worden. Produktionsanlagen der Industriebetriebe und der Landwirtschaft konnten modernisiert, die Produk-



▲ Die im Oktober 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise traf das von amerikanischen Krediten abhängige Deutschland mit voller Wucht, weite Teile der deutschen Bevölkerung gerieten ins Elend. Die Not der Menschen begünstigte eine weitere Radikalisierung der politischen Landschaft. Wahlplakat der NSDAP aus dem Jahr 1932

tion und die Konkurrenzfähigkeit erheblich gesteigert werden.

Die Vereinigten Staaten waren der Geldgeber der europäischen Verbündeten im Krieg ebenso wie der Finanzier des Wiederaufbaus in Europa, einschließlich Deutschlands, in der Nachkriegszeit. Mit ihrer Geldpolitik und ihrer konkurrenzlosen Vorrangstellung am Weltmarkt erlebten die USA eine lange Phase der Hochkonjunktur. Aber diese Wirtschaftsbüchse führte zu übermäßigen Investitionen und Aktienkäufen. Als im Oktober 1929 das ganze Ausmaß der Überproduktion sichtbar wurde und viele Aktien verkauft wurden, sanken die Kurse rapide. Ein Börsenkrach war die Folge, der »Schwarze Freitag« am 25. Oktober 1929.

Der daraufhin schlagartig einsetzende Abzug kurzfristiger amerikanischer Kredite, auf denen

im Wesentlichen der wirtschaftliche Aufbau beruht hatte, führte in Europa und besonders in Deutschland zu einer Katastrophe. Es kam zu zahlreichen Firmenzusammenbrüchen, Banken schlossen, Massenentlassungen waren die Folge. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland stieg sprunghaft an: von September 1929 bis September 1931 wurden schon 6 Millionen überschritten.) Während in den anderen europäischen Ländern die Folgen der Krise allmählich überwunden wurden, weitete sie sich in Deutschland wegen seiner instabilen innenpolitischen Verhältnisse zu einer gefährlichen Staatskrise aus. Die unversöhnlichen Gegner der Republik und des parlamentarischen Systems nutzten die allgegenwärtige Katastrophenstimmung aus zu einer hemmungslosen Agitation gegen die vermeintlichen Verantwortlichen, Regierung, Parlament und Weimarer Parteien, denen sie vorwarfen, völlig versagt zu haben. Aus den Reihen der Entlassenen, Verarmten und Entwurzelten erhielten die Oppositionsparteien von rechts und links großen Zulauf, der sich in den folgenden Landtagswahlen und eklatant in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 bemerkbar machte, die den Nationalsozialisten den ersten sensationellen Stimmengewinn von bisher 12 auf 107 Reichstagsmandate brachte.

Inzwischen hatte auch der Reichspräsident von Hindenburg aus der Krisenstimmung seine Konsequenzen gezogen und im März 1930, ohne das Parlament einzuschalten, den Zentrumspolitiker *Heinrich Brüning* (► 10.33) zum Reichskanzler ernannt. Damit war das parlamentarische System unterlaufen und der Weg zum *Präsidialregime* (► 10.36) beschritten.

10.33 Heinrich Brüning

Am 26. November 1885 in Münster geboren, studierte Heinrich Brüning zunächst für das höhere Lehramt, dann Volkswirtschaft; er war im Weltkrieg Frontoffizier und wurde 1920 Geschäftsführer des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1924 Reichstagsabgeordneter des Zentrums. Er machte sich bald einen Namen als Finanzfachmann und wurde 1929 Fraktionsvorsitzender.

Am 29. März 1930 von Reichspräsident von Hindenburg unter Ausschaltung des Parlamentes zum Reichskanzler ernannt, stellte Brüning aus

den Sachexperten der bürgerlichen Parteien, die je nach nicht an ihre Fraktionen gebunden waren, eine neue Regierungsmannschaft der Mitte auf. Die Tendenz, auch die DNVP miteinzubeziehen, Brüning war von Anfang an bereit, in enger Anlehnung an den Reichspräsidenten auch die DNVP und sogar gegen den Reichstag zu regieren. Bereits im Juli 1930 kam es zu einer Kraftprobe mit dem Reichstag. Als eine Gesetzesvorlage im Reichstag keine Mehrheit fand und das Kabinett Brüning beschloss, das Gesetz mittels einer Notverordnung des Reichspräsidenten durchzusetzen, machte das Parlament auf Ansehen der SPD von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch und hob die Notverordnung wieder auf. Der Reichspräsident löste auf Vorschlag Brünings daraufhin den Reichstag auf und setzte die Notverordnung zur »Sicherung der Wirtschaft und Finanzen« in Kraft. Damit war der zweite Schritt zur Aushöhlung des Ver-



▲ Reichskanzler Heinrich Brüning als letztes »Bollwerk der Freiheit und Ordnung« gegen die anstürmenden Nationalsozialisten; ein fast schon verzweifelter Appell der Zentrumsparterie an die Wähler auf diesem Plakat aus dem Jahr 1932

fassungssystems durch die diktatorische Gewalt des Reichspräsidenten getan.

Es folgten die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 mit dem sensationellen Aufstieg der NSDAP (► 10.35). Brüning regierte weiterhin durch wirtschafts- und finanzpolitische Notverordnungen mit dem Hauptziel, ein Ende der Reparationszahlungen zu erreichen, ohne vorerst auf die unaufhaltsam ansteigenden Arbeitslosenzahlen Rücksicht zu nehmen. Er konnte sich dabei auf die SPD stützen, die seinen Kurs mit Rücksicht auf die in Preußen noch regierende *Weimarer Koalition* (► 10.9) längere Zeit tolerierte.

Nach den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 kam es zu einer Vertrauenskrise zwischen dem Reichspräsidenten und Brüning. Unter anderem gab Hindenburg, der nur mit den Stimmen der bürgerlichen Mitte und der Sozialdemokraten wieder gewählt werden konnte, während seine Gesinnungsgenossen, die Deutschnationalen, der Stahlhelm und die Nationalsozialisten Hitler als Kandidaten aufgestellt hatten, Brüning die Schuld an einer Entwicklung, die zu dieser Wahl »in verkehrter Frontstellung« geführt hatte. Er ließ ihn fallen. Brüning trat mit seinem Kabinett am 30. Mai 1932 zurück.

Er blieb Fraktionsvorsitzender des Zentrums bis zu der erzwungenen Selbstaflösung der Partei im Sommer 1933, später emigrierte er in die USA, wo er am 30. März 1970 starb.

10.34 Harzburger Front

Schon beim Volksbegehren von 1929 gegen den *Youngplan* (► 10.30) war es zu einer Kooperation der Rechtsparteien und nationalen Verbände gekommen. Inzwischen waren die Nationalsozialisten durch ihren eklatanten Wahlsieg vom 14. September 1930 zu einem unübersehbaren Faktor auf der innenpolitischen Bühne geworden.

Zusammen mit den Deutschnationalen (DNVP), die unter ihrem Vorsitzenden Alfred Hugenberg (seit 1928), dem Chef eines mächtigen Wirtschafts- und Presseimperiums und Generaldirektor der Ufa, völlig von der – zeitweisen – Unterstützung der Republik abgerückt und zu einem kompromisslosen Konfrontationskurs gegenüber der Republik übergegangen waren, dem »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten« und weiteren nationalistischen Verbänden

schlossen sich die Nationalsozialisten am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg zu einer Aktionsgemeinschaft im Kampf gegen die Weimarer Republik zusammen, zur so genannten Harzburger Front.

Ihren Kampfeswillen und ihre Stärke demonstrierten sie mit gewaltigen Aufmärschen ihrer paramilitärischen Verbände und kriegerischen Reden ihrer Führer Hugenberg und Hitler gegen die Republik, mit denen sie Eindruck auf den Reichspräsidenten machen wollten. Aber mit ihrer Einigkeit war es wegen der zwischen den politischen Führern bestehenden Rivalitäten nicht weit her.

Nach der Machtergreifung vom 30. Januar 1933 saßen zwar Alfred Hugenberg und der Stahlhelm-Führer Franz Seldte eine Zeit lang mit im Kabinett Hitler, aber schon wenige Monate später gerieten alle nationalen Verbände, ebenso wie die DNVP, in den Sog der von Hitler schrittweise angesetzten Gleichschaltungsmaßnahmen und lösten sich auf.

10.35 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)

1919 als Deutsche Arbeiterpartei gegründet, wurde die nach dem Eintritt (September 1919) des berufslosen ehemaligen Gefreiten *Adolf Hitler* (► 11.2) in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umbenannte völkische Gruppe unter dem Einfluss Hitlers, der im Juli 1921 ihr Vorsitzender wurde, eine die Republik und die Weimarer Parteien erbittert bekämp-



◀ Die NSDAP sprach mit inszenierten Massenveranstaltungen und offenbar beeindruckender Symbolik die Emotionen der Menschen an. Großkundgebung der NSDAP am 1. November 1932 im Berliner Sportpalast; Hitler (Zweiter von rechts) inmitten von SA-Männern

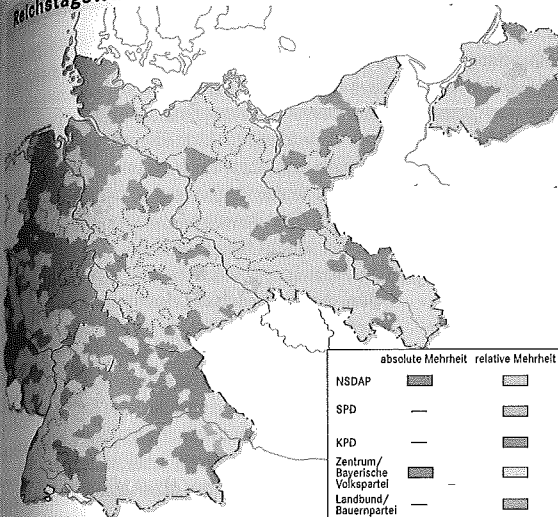
fende rechtsradikale Partei, die sich in dem für das Entstehen antidemokratischer, völkischer und rassistischer Kampfgruppen günstigen Klima des Freistaates Bayern rasch auszudehnen vermochte.

Nach dem Scheitern des *Hitlerputsches* (► 10.23) am 9. November 1923 wurde die Partei verboten, aber von Hitler nach seiner vorzeitigen Entlassung aus der Festungshaft seit 1925 aus übrig gebliebenen Restgruppen wieder aufgebaut. Sie blieb aber in den Jahren der relativen Konsolidierung der Republik sowohl im Reich wie auch in den einzelnen Ländern bedeutungslos. Die Parteioorganisation wurde allerdings auf Reichsebene neu aufgebaut und in den angeschlossenen Verbänden der SA und SS sowie der Hitlerjugend straff gegliedert.

Mit dem Ansturm der Rechtsopposition im Volksbegehren gegen den *Youngplan* (► 10.30) und vor allem mit den Auswirkungen der *Weltwirtschaftskrise* (► 10.32) setzte der Massenauflauf zur NSDAP ein, deren Führer versprachen, das Programm zu haben, das allein aus Not und Elend heraus und zu neuer Größe des Vaterlandes führen könne. Mit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 wurden die Nationalsozialisten zweitstärkste Partei und damit ein Machtfaktor im politischen Leben, der die bisherige Parteienlandschaft völlig veränderte. Von nun an wurde es die Taktik der Nationalsozialisten, die Tätigkeit des Parlaments, soweit es überhaupt noch unter dem jetzt herrschenden *Präsidialregime* (► 10.36) funktionierte, und die Regierungsarbeit zu stören.

Bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 stellten die Nationalsozialisten selbstbe-

Reichstagswahl am 6. November 1932



stimmten ihren Führer Adolf Hitler gegen den amtierenden Präsidenten Paul von Hindenburg auf, der noch immer die Symbolfigur des kaiserlichen Deutschland war. Hitler unterlag, weil die demokratischen Parteien von der SPD bis zur DVP sich hinter Hindenburg stellten. Mehr als die Hälfte aller Wähler entschieden sich für Hindenburg, fast zwei Drittel stimmten gegen Hitler.

Mit dem nach den Reichspräsidentenwahlen von der Regierung Brüning am 13. April 1932 erlassenen Verbot der SA und SS sollte dem zunehmenden Radikalismus auf den Straßen begegnet werden. Den weiteren Zulauf zu den Kampfverbänden der NSDAP hat diese Maßnahme, die schon kurz nach Brünings Sturz von der neuen Reichsregierung unter dem Kanzler von Papen am 16. Juni 1932 wieder aufgehoben wurde, nicht behindert. Das zeigte sich bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932, bei denen die NSDAP mit 230 Abgeordneten und 37,8% der Stimmen die weitaus größte Fraktion im Reichstag wurde. Sie stellte nun auch mit dem ehemaligen Weltkriegsflieger Hermann Göring den Reichstagspräsidenten.

Görings Vorstoß bei Hindenburg, ihm nunmehr den Regierungsauftrag zu erteilen, wurde am 13. August 1932 schroff zurückgewiesen. Diese Entscheidung der Presse vom Präsidialamt veröffentlichte die NSDAP, der überhand nehmende Straßenterror der SA und die ersten Anzeichen einer begin-

nenden wirtschaftlichen Erholung führten, zusammengenommen, bei den erneuten Reichstagswahlen vom 6. November 1932 zu einer ersten empfindlichen Niederlage der Nationalsozialisten, die rund 4 Millionen Stimmen einbüßten, aber stärkste Partei blieben (196 Abgeordnete).

Als sich gegen Jahresende 1932 in Landtags- und Kommunalwahlen die Stimmenverluste der Nationalsozialisten verstärkt fortsetzten, hoffte man im Lager der bürgerlichen Parteien, dass die nationalsozialistische Erfolgskurve ihren Höhepunkt überschritten hätte. Aber in diesem Augenblick übertrug der greise Reichspräsident auf Anraten seiner Freunde und mächtiger Interessenverbände die Regierungsgewalt dem Führer der Nationalsozialisten.

Bei den letzten freien Reichstagswahlen vom 5. März 1933, die indessen schon durch den massiven Terror der SA gegenüber den Abgeordneten der KPD und SPD beeinträchtigt waren, erhielt die NSDAP mit 43,9% der Stimmen nicht die erhoffte Mehrheit im Reichstag. Sie war auf die Hilfe der Deutschnationalen angewiesen, die 8% erreichten. Hitler setzte jedoch mithilfe des *Ermächtigungsgesetzes* (► 11.5) Zug um Zug die Zerschlagung der anderen Parteien durch. Die NSDAP wurde und blieb bis zur Kapitulation die einzige, das politische Leben fortan total beherrschende Partei des Deutschen Reiches.

10.36 Präsidialregime

Als Reichspräsident von Hindenburg am 29. März 1930 den Zentrumspolitiker und Finanzexperten *Heinrich Brüning* (► 10.33) zum Reichskanzler ernannte, ohne den Reichstag einzuschalten, und ihn beauftragte, ein Kabinett von Fachministern ohne Bindung an das Parlament und seine Fraktionen aufzustellen, war der Weg zu einem präsidialen Regierungssystem beschritten. Dieser Entscheidung lag der Gedanke zugrunde, eine Regierungsmannschaft zu bilden, die unabhängig von den jeweiligen Parlamentsmehrheiten und somit weniger störanfällig war. Dieser Weg führte in seiner weiteren Handhabung zwangsläufig zur Ablösung des parlamentarischen Systems. Ausschlaggebend für den regierenden Reichskanzler war nun das Vertrauen des Staatsoberhauptes, des Reichspräsidenten.

Brüning war bereit, in enger Anlehnung an den Reichspräsidenten notfalls auch gegen das Parlament zu regieren. Seine unpopulären finanzpolitischen Sparmaßnahmen suchte er weitgehend mithilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung, also durch vom Reichspräsidenten verfügte Notverordnungen durchzusetzen. Er stürzte Ende Mai 1932, weil ihm der Reichspräsident das Vertrauen entzogen hatte.

Typisch für das autoritäre Präsidialsystem war, dass der Kanzlersturz ebenso wie die Ernennung des neuen Kanzlers Franz von Papen durch Intrigenspiel in der Umgebung des Präsidenten verursacht wurde. Regisseur dieser Vorgänge war der Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher, der in dem von Papen gebildeten »Kabinett der Barone« das Reichswehrministerium übernahm. Schleicher besaß in diesem reinen Präsidialkabinett eine Schlüsselposition. Als nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 die NSDAP mit 230 Mandaten die stärkste Fraktion im Reichstag bildete und dieser dem Kabinett Papen mit 512 gegen 42 Stimmen das Misstrauen aussprach, ließ Papen den Reichstag erneut auflösen. Seinen Plan, keine Neuwahl anzuberaumen, musste er fallen lassen, weil Hindenburg diesem Schritt, der einen Verfassungsbruch bedeutet hätte, seine Zustimmung versagte.

So erhielt Schleicher selbst am 3. Dezember 1932 von Hindenburg den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden. Schleicher, dem schon in der Pa-

pen-Regierung der Plan vorgeschwebt hatte, die Regierung zu »zähmen«, versuchte nun als Kanzler, im Rahmen eines von ihm entwickelten großen Arbeitsbeschaffungsprogrammes auch die Gewerkschaften, die SPD-Führung und Teile der NSDAP unter dem sozialistisch orientierten Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser an der Regierung zu beteiligen mit dem Ziel, die NS-Bewegung zu spalten und Hilde-

brand von der Macht fern zu halten. Die Absicht Schleichers, mit einem umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramm alle sozialreformerischen Kräfte gegen die Massenarbeitslosigkeit zu mobilisieren, rief die Interessenverbände der Unternehmer und Grundbesitzer auf den Plan, die bei Hindenburg gegen diese sozialistischen Ideen des »roten Generals« protestierten und sich jetzt für die Kanzlerschaft Hitlers einsetzten, wie sie auch Papen empfahl. So musste Schleicher am 28. Januar 1933 zurücktreten und Hitler den Weg ins Kanzleramt freigegeben.

10.37 Reichsexekution gegen Preußen

In Preußen, dem größten Land der Weimarer Republik, hatte seit 1920 – mit kurzen Unterbrechungen – eine Regierung nach dem Muster der *Weimarer Koalition* (► 10.9) aus Sozialdemokraten, dem Zentrum und der DDP (bzw. der 1930 aus ihr hervorgegangenen Deutschen Staatspartei), zeitweise auch der DVP, bestanden unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Erst in den Landtagswahlen im April 1932 verlor sie ihre parlamentarische Mehrheit.

Am 20. Juli 1932 ließ Reichskanzler von Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten in einer staatsstreichartigen Aktion die amtierende preußische Regierung Braun für abgesetzt erklären. Papen übernahm als Reichskommissar die Regierungsgeschäfte in Preußen. Die SPD, die mit diesem Gewaltakt ihre letzte intakte Machtposition und vor allem auch die Verfügungsgewalt über die preußische Polizei verlor, erhob zwar Protest, konnte sich aber weder zu energischem Widerstand noch – angesichts der Massenarbeitslosigkeit – zur Ausrufung eines Generalstreiks entschließen. Sie hat sich mit ihrem inaktiven Verhalten in dieser

entscheidenden Situation als politische Kraft in Deutschland selbst isoliert und den Widerstandswillen ihrer Anhänger auch gegenüber dem Nationalsozialismus gelähmt.

Über von der preußischen Regierung angerufene Staatsgerichtshof verwarf zwar die Form und die Begründung der Absetzung, gestand jedoch dem Reichspräsidenten das verfassungsmäßige Recht zu, nach Ermessen Länderrechte aufzuheben und auf das Reich zu übertragen. Der Re-

gierung Braun wurde in dem Urteil bescheinigt, weiterhin die rechtmäßige Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat und gegenüber den Ländern zu sein. Ihre Befugnisse aber wurden nun durch den Reichskommissar von Papen und seine Beauftragten ausgeführt. Die Öffentlichkeit hat von diesem einschneidenden Schritt des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegen die preußische Landesregierung wenig Notiz genommen.

Daten

- 9. Nov. 1918 Abdankung Kaiser Wilhelms II./Ausrufung der Republik
- 10. Nov. 1918 Bildung des Rates der Volksbeauftragten
- 15. Jan. 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet
- 19. Jan. 1919 Wahlen zur Nationalversammlung
- 6. Febr. 1919 Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar
- 11. Febr. 1919 Friedrich Ebert 1. Reichspräsident
- 13. Febr.–20. Juni 1919 Regierung Philipp Scheidemann
- 21. Juni 1919 Gustav Bauer (SPD) wird Reichskanzler
- 28. Juni 1919 Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles
- 11. Aug. 1919 Weimarer Reichsverfassung in Kraft
- 10. Jan. 1920 Versailler Vertrag in Kraft
- 13.–16. März 1920 Kapp-Putsch
- 27. März 1920 Hermann Müller (SPD) wird Reichskanzler
- 6. Juni 1920 1. Reichstagswahlen (Verluste der Weimarer Koalition)
- 25. Juni 1920 Konstantin Fehrenbach (Zentrum) wird Reichskanzler
- 27. April 1921 Festsetzung der Reparationen auf 132 Mrd. Goldmark
- 10. Mai 1921 Joseph Wirth (Zentrum) wird Reichskanzler
- 26. Aug. 1921 früherer Finanzminister Matthias Erzberger ermordet
- 16. April 1922 Vertrag von Rapallo
- 24. Juni 1922 Außenminister Walther Rathenau ermordet
- 22. Nov. 1922 Wilhelm Cuno (parteilos) wird Reichskanzler
- 11. Jan. 1923 Ruhrbesetzung
- 13. Jan.–26. Sept. 1923 passiver Widerstand
- 13. Aug. 1923 Gustav Stresemann (DVP) wird Reichskanzler
- 8./9. Nov. 1923 Hitlerputsch in München
- 15. Nov. 1923 Einführung der Rentenmark/Ende der Inflation
- 30. Nov. 1923 Wilhelm Marx (Zentrum) wird Reichskanzler
- 29. Aug. 1924 Dawesplan vom Reichstag angenommen
- 15. Jan. 1925 Hans Luther (parteilos) wird Reichskanzler
- 26. April 1925 Wahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten
- 14. Juli 1925 Beginn der Räumung des Ruhrgebietes
- 16. Okt. 1925 Vertrag von Locarno
- 24. April 1926 deutsch-sowjetischer Freundschaftsvertrag
- 26. Mai 1926 Wilhelm Marx erneut Reichskanzler
- 8. Sept. 1926 Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund
- 10. Dez. 1926 Friedensnobelpreis für Außenminister Stresemann
- 28. Juni 1928 Hermann Müller erneut Reichskanzler
- 27. Aug. 1928 Unterzeichnung des Briand-Kellogg-Paktes
- 25. Okt. 1929 New Yorker Börsenkrach/Beginn der Weltwirtschaftskrise
- 12. März 1930 Annahme des Youngplanes durch den Reichstag
- 29. März 1930 Heinrich Brüning (Zentrum) wird Reichskanzler
- 30. Juni 1930 vorzeitige Räumung des Rheinlandes beendet
- 14. Sept. 1930 Reichstagswahlen (NSDAP zweitstärkste Fraktion)
- 11. Okt. 1931 Bildung der Harzburger Front
- 10. April 1932 Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten
- 1. Juni 1932 Franz von Papen (Zentrum) wird Reichskanzler
- 9. Juli 1932 Konferenz von Lausanne (Ende der Reparationen)
- 6. Nov. 1932 Reichstagswahlen (Abnahme der NSDAP-Mandate)
- 3. Dez. 1932 General Kurt von Schleicher wird Reichskanzler

Das Dritte Reich (1933–1945)

II

Einführung

Als Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 den »Führer« der NSDAP, der stärksten Fraktion im Reichstag, Adolf Hitler, zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannte, war dies eine seit 1930 von ihm praktizierte präsidiale Amtshandlung, mit der die parlamentarische Verfassung umgangen wurde. Hitler war auf legalem Wege Kanzler einer Koalitionsregierung geworden. Bedenken wegen der Unberechenbarkeit des Naziführers schoben die konservativen Partner mit dem Hinweis auf ihre Überzahl im Kabinett zurück. Hitler aber übernahm sie sofort und bestimmte fortan das politische Geschehen. Er besaß klare, aus seiner Weltanschauung entstandene Zielvorstellungen, die er nun zielstrebig zu verwirklichen begann.

Unmittelbar nach der Machtübernahme setzte er den Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 5. März 1933 ein und damit auch die Verfolgung der politischen Gegner durch die jetzt den Politapparat beherrschenden Nationalsozialisten. Der Reichstagsbrand am 27. Februar kam ihnen gerade gelegen; sie deklarierten den Brand als Signal zu einem kommunistischen Aufstand und konnten nun mit der vom Reichspräsidenten erlassenen »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« ohne Rücksicht auf Verfassungsrechte gegen Kommunisten, aber auch gegen Sozialdemokraten und weitere unliebsame Kritiker vorgehen. Von diesen Vorgängen machte die Parteipropaganda mit Parolen von »nationalen Erhebung« abzulenken und in der Bevölkerung eine Aufbruchstimmung zu erzeugen, mit den Rührszenen des »Tages von Potsdam« an die patriotischen Gefühle zu appellieren.

Trotz der massiven Wahlbeeinträchtigung verblieben die Nationalsozialisten deutlich die ab-

solute Mehrheit, die nur mit den Stimmen der konservativen Partner knapp erreicht wurde. Noch immer hatten sich 48% der Wähler für linke und bürgerliche Parteien entschieden und damit gegen Hitler. Nur mit der Hilfe des »Ermächtigungsgesetzes« vom 23. März, dem im Reichstag allein die SPD ihre Zustimmung verweigerte, vermochte Hitler, das Parlament auf unbestimmte Zeit auszuschalten und alle Macht im Staat auf die Reichsregierung zu konzentrieren. Nunmehr wurden alle demokratischen Funktionen ausgelöscht, die Länder gleichgeschaltet, alle Parteien, mit Ausnahme der NSDAP, verboten, die Gewerkschaften aufgelöst. Nach sechs Monaten war die nationalsozialistische Machtergreifung vollendet.

Zur Realisierung seiner außenpolitischen Ziele war Hitler auf die aktive Mithilfe der Reichswehr angewiesen. Bereits am 3. Februar stellte er den versammelten Generalen sein Regierungsprogramm vor. Die Militärs waren von seinen Ankündigungen – Wiederaufbau eines starken, nationalbewussten Staates, Errichtung einer modernen, aufgerüsteten Wehrmacht, Eliminierung des Versailler Vertrages – so fasziniert, dass sie auch seine auf Krieg hinauslaufenden Pläne »Eroberung von Lebensraum im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung« akzeptierten, ohne Widerspruch zu erheben. Die Sorge der Reichswehr vor Machtansprüchen der Parteiarmee, der SA, beschwichtigte Hitler. Als aber später Gerüchte über einen geplanten Putsch der SA erneut Unruhe auslösten, ließ Hitler am 30. Juni 1934 nahezu die gesamte SA-Führung (und andere politische Gegner) von SS-Einheiten Himmlers ermorden. Die Monopolstellung der Reichswehr als einziger Waffenträger der Nation war damit sichergestellt. Als Gegenleistung ordnete der Reichs-

wehrminister noch am Todestag Hindenburgs (2. August 1934) die Vereidigung aller Offiziere und Soldaten auf Hitler an.

In den Jahren 1933 und 1934 hielt sich Hitler, auf die Festigung seiner Machtstellung im Innern bedacht, außenpolitisch zurück – bis auf den spektakulären Austritt aus dem Völkerbund im Oktober 1933. Von 1935 an aber dienten alle Entscheidungen Hitlers mehr oder weniger durchsichtig der Kriegsvorbereitung. Im März 1935 verkündete er die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Aufrüstung. Im März 1936 ließ er das entmilitarisierte Rheinland durch Truppen besetzen, beide Aktionen ein eklatanter Bruch bestehender Verträge. Die Reaktion der westlichen Demokratien erschöpfte sich in Protestnoten, die Briten verhalfen Hitler sogar durch das im Juni 1935 unterzeichnete deutsch-britische Flottenabkommen zu einem Prestigegewinn. Auch die Olympischen Sommerspiele in Berlin im August 1936 erhöhten das internationale Ansehen des »Führers« beträchtlich, zumal die gigantische Inszenierung beeindruckte und die in der Propaganda als »Völkerfest des Friedens und der Versöhnung« bezeichneten Spiele eine Friedensatmosphäre vortäuschten. Bereits einen Monat später stellte der in Nürnberg verkündete Vierjahresplan unmissverständlich fest, dass in diesem Zeitraum die Rüstung beendet und die Wirtschaft kriegsbereit sein müsse. Im Oktober desselben Jahres kam mit dem faschistischen Italien die »Achse Berlin-Rom« zustande. Beide Diktaturen beschlossen, im Spanischen Bürgerkrieg General Franco militärisch zu unterstützen. Nun konnten deutsche Soldaten Kriegserfahrungen in Spanien sammeln für Hitlers geplanten »Lebensraum«-Krieg. Im November 1936 erfolgte der Abschluss des »Antikominternpaktes« mit Japan.

Den von Hitler im März 1938 in einer Blitzaktion vollzogenen »Anschluss« Österreichs an das nunmehr »Großdeutsche Reich« akzeptierte das Ausland wegen der sichtbaren Zustimmung der Österreicher als innerdeutsche Angelegenheit. Dem deutschen Plan, nun die Tschechoslowakei zu »zerschlagen«, trat der britische Premier Neville Chamberlain entgegen, der in hartnäckigen Verhandlungen Ende September 1938 das »Münchener Abkommen« – zusammen mit Frankreich und Italien – erzwirkte, in dem Hitler sich mit dem Erwerb der Sudetengebiete begnügen musste. Während

Chamberlain glaubte, den »Frieden für unsere Zeit« bewahrt zu haben, revidierte Hitler das März 1939 mit der vollständigen militärischen Besetzung des tschechischen Gebietes, das nun als »Protektorat Böhmen und Mähren« dem Reich einverleibt wurde. Die Slowakei hatte ihre Unabhängigkeit erklärt und wurde ein Vasallenstaat Deutschlands.

Die Ausgrenzung der Juden, wie in Hitlers Programm vorgesehen, hatte schon am 1. April 1933 mit dem »Judenboykott« begonnen. Seitdem war sie mit unzähligen Verordnungen und Gesetzen, darunter die Nürnberger Gesetze vom September 1935, die die Juden ihrer Bürgerrechte beraubten, fortgesetzt worden. Am 9. November 1938 fand auf Veranlassung Goebbels im ganzen Reich eine Pogromnacht statt, in der jüdische Gotteshäuser niedergebrannt, jüdische Geschäfte zerstört, jüdische Menschen misshandelt, inhaftiert und ermordet wurden. Die bisherige Auswanderungsbewegung wurde jetzt zur Massenflucht.

Im Sommer 1939 plante Hitler den Überfall auf Polen. Im August überraschte er die Weltöffentlichkeit mit dem Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit dem bisherigen Hauptgegner der Nationalsozialisten, der Sowjetunion. Mit dem am 1. September 1939 begonnenen Einmarsch in Polen begann der 2. Weltkrieg; am 3. September erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Nach weniger als drei Wochen hatte die stark überlegene Wehrmacht den Westteil Polens (mit Warschau) besetzt, während sowjetische Truppen Ostpolen okkupierten. Unter Himmlers Regie begann im »Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete« eine brutale Besatzungspolitik. Spezielle »Einsatzgruppen« verfolgten und liquidierten die polnische Führungsschicht, die jüdische Bevölkerung wurde in zentral eingerichteten Ghettos zusammengetrieben.

Vor dem Angriff gegen Frankreich überfiel Deutschland im April 1940 Dänemark und Norwegen, um die für die Kriegswirtschaft wichtigen Nachschubwege aus Schweden und britischem Zugriff zu sichern. Am 10. Mai begann der Westfeldzug. Die neutralen Staaten Belgien, Luxemburg und die Niederlande wurden überrannt und rasch zur Kapitulation gezwungen. Deutsche Panzerverbände rangen auch die britisch-französischen Streitkräfte

besiegten und zogen in Paris ein. Der Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 regelte die Besetzung des größten Teils Frankreichs durch deutsche Truppen. Im Vollgefühl seines Triumphes richtete Hitler ein »Friedensangebot« an Großbritannien, das Winston Churchill unbeachtet ließ. Der neue Premier war entschlossen, den Kampf nun allein bis zur Niederwerfung Hitlers in Deutschland fortzusetzen. Um die Briten zu verunsichern, ließ Hitler eine Invasion vorzubereiten. Jedoch misslang bereits die Eroberung der Luftherrschaft um England. Noch im Sommer 1940 plante Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion – den in seiner »Weltanschauung« vorgesehenen Krieg um »Lebensraum«, der gegen das »jüdisch-bolschewistische Unternehmertum« geführt werden müsse. Die Soldaten des Ostheeres wurden durch »Führerbefehle« auf eine rücksichtslose Kriegsführung verpflichtet.

Mit den Vorbereitungen zum Ostkrieg diskutierte jetzt die Parteispitze die »Endlösung der Judenfrage«. Bis in alle Details perfekt organisiert wurde nun der Ablauf der Massenvernichtung in den mit Tötungsanlagen ausgestatteten Lagern in Ostpolen (»Wannseekonferenz« im Januar 1942). Etwa sechs Millionen Angehörige des europäischen Judentums fielen bis zum Kriegsende dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer.

Der Überfall auf die Sowjetunion begann ver spät am 22. Juni 1941, da zuvor dem italienischen Verbündeten Waffenhilfe auf dem Balkan geleistet werden musste. Nach großen Erfolgen und weiten Geländegewinnen deutscher Heeresverbände blieb im Spätherbst der deutsche Angriff kurz vor Moskau im Schlamm stehen. Der Wintereinbruch rief bei den erschöpften deutschen Soldaten, die für die extrem kalten Temperaturen völlig unzureichend ausgerüstet waren, eine schwere Krise hervor. Mit größten Anstrengungen und unter schweren Verlusten konnte in einer rückwärtigen Frontlinie der sowjetische Gegenangriff abgewehrt werden. Hitler gab den Heerführern die Schuld an der Krise und übernahm selbst den Oberbefehl des Heeres. In dieser Situation erklärte Deutschland am 11. Dezember den USA den Krieg. Hitlers Rechnung, Japan, das sich nach dem Überfall auf Pearl Harbor selbst seit Tagen mit den USA im Kriegszustand befand, würde nun ihm gegen die Sowjetunion zu

Hilfe kommen, ging nicht auf. Der Eintritt der USA in den Krieg bedeutete die entscheidende Wende.

Der Befehl Hitlers, mit einer Großoffensive im Frühjahr 1942 gegen die Sowjetunion vorzugehen, führte zur Überforderung der Ostarmeen und endete schließlich in der Katastrophe von Stalingrad (2. Februar 1943). Jetzt ging die Initiative auf die sowjetischen Armeen über, die die deutschen Truppen in verlustreichen Rückzugskämpfen allmählich auf die Reichsgrenzen zurückdrängten. Zur gleichen Zeit eroberten die Westmächte die Luftherrschaft über Deutschland, ihre Bombenangriffe legten zahllose Städte in Trümmer.

Die Landung der Westalliierten in der Normandie im Juni 1944 leitete die Endphase des Krieges ein. In Deutschland scheiterte am 20. Juli 1944 ein Attentat auf Hitler, der blutige Rache an den Männern und Frauen des Widerstandes nahm. Seit Beginn des Jahres 1945 drangen die Armeen der Alliierten von West und Ost in Deutschland vor. In Jalta berieten die »großen drei«, Roosevelt, Churchill und Stalin, über die Zukunft Deutschlands und Europas. Sowjetische Truppen eroberten Berlin. Bevor sie das Stadtzentrum erreichten, nahm Hitler sich am 30. April 1945 das Leben. Mit der deutschen Kapitulation am 7./8. Mai 1945 endete der Krieg in Europa. Hitler hatte den Krieg um »Lebensraum« von Anfang an eingeplant. Aber weder die unmenschliche Kriegsführung noch die Vernichtung des europäischen Judentums wären möglich gewesen, hätte es nicht zahllose Mittäter und Helfer gegeben: voran Hitlers verschworene Paladine Göring, Goebbels und Himmler, dann die vielen Mitverantwortlichen in Führungsstellen der Partei und des Staates, der Wirtschaft und der Wehrmacht, die Befehlsempfänger, Vollstrecker und skrupellosen Fanatiker und nicht zuletzt die vielen Tausend willfähriger und gedankenloser Mitläufer.

II.1 30. Januar 1933 – »Machtergreifung«

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg (► 10.29) den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler (► 11.2), zum Kanzler des Deutschen Reiches. Der neuen Regierung, die sich »Kabinett der nationalen Konzentration«

nannte, gehörten nur zwei Nationalsozialisten außer Hitler an, Wilhelm Frick als Innenminister und Hermann Göring (► 11.10) als Minister ohne Geschäftsbereich, dem aber als kommissarischem Innenminister von Preußen vom ersten Tage an der preußische Polizeiapparat unterstand. Im April 1933 übernahm Hermann Göring das Luftfahrtministerium. Gleichzeitig wurde er preußischer Ministerpräsident. Den drei Nationalsozialisten standen acht konservative Minister gegenüber, darunter der



▲ Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Auch wenn außer Hitler nur noch zwei Angehörige der NSDAP dem neuen Kabinett angehörten (Frick und Göring), war damit die Zukunft Deutschlands den Nationalsozialisten ausgeliefert. Das Bild aus dem Jahr 1934 zeigt Hitler in seiner typischen Rednerpose

DNVP-Vorsitzende und Pressekonzernchef Alfred Hugenberg als Wirtschafts- und Ernährungsminister, der frühere Reichskanzler Franz von Papen als Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen sowie der »Stahlhelm«-Führer Franz Seldte als Arbeitsminister. Außenminis-

ter Konstantin Freiherr von Neurath und Finanzminister Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk hatten bereits dem von Papen geleiteten »Kabinett der Barone« (Präsidentialregime ► 10.36) angehört. Hindenburg ernannte General Werner von Blomberg zum Reichswehrminister.

Von Papen hatte Hindenburg, der sich lange weigerte, den »böhmischen Gefreiten« überhaupt als Kanzlerkandidaten anzuerkennen, schließlich zu dem folgenschweren Schritt überreden können, indem er ihm sein »Zählungskonzept« glaubhaft zu machen verstand. Hitler, so argumentierte Papen, würde in diesem konservativen Kabinett, von starken Persönlichkeiten eingerahmt, seine extremen Vorstellungen nicht verwirklichen können und sich in der politischen Alltagsarbeit allmählich verschleifen. »Wir haben ihn uns engagiert«, äußerte sich Papen zuversichtlich. Die nationalen und nationalsozialistischen Verbände in und um Berlin feierten das Ereignis am Abend des 30. Januar mit einem Fackelzug. Formal gesehen war die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, die von der NS-Propaganda als »Machtergreifung« gefeiert wurde, ein normaler Regierungswechsel im Präsidentschaftsregime – der jedoch rasch die endgültige Zerstörung der demokratischen und rechtsstaatlichen Weimarer Verfassungsordnung zur Folge hatte.

11.2 Adolf Hitler

Als Sohn eines österreichischen Zollbeamten am 20. April 1889 in Braunau am Inn geboren, brach Hitler nach dem Tode seines Vaters (1909) seine Realschulbildung in Steyr 1905 ab und lebte, mit Mal- und Zeichenstudien beschäftigt, bei seiner Mutter in Linz bis zu ihrem Tod 1907. Sein Versuch, in die Wiener Kunstakademie aufgenommen zu werden, scheiterte zweimal wegen nicht ausreichender Befähigung. In Wien bewegte sich Hitler vorwiegend im Milieu der Männerwohnheime; von der Waiseerente und dem Verkauf einiger seiner Bilder lebend, begegnete er in der Vielvölkerstadt den sozialen und nationalen Problemen der Vorkriegszeit. Durch eine eklektizistische Lektüre von Zeitungen und tendenziösen Schriften und Büchern entwickelte er eine persönliche völkisch-antisemitische »Weltanschauung«, in deren Mittelpunkt der Glaube an die »germanische Herrenrasse« stand, die es vor dem töd-

lichen Bazillus des »Weltjudentums« zu beschützen gelte.

Hitler siedelte er nach München über, um sich dem österreichischen Militärdienst zu entziehen, meldete sich aber als Freiwilliger bei Kriegsausbruch 1914 bei einem bayerischen Regiment und nahm am Krieg 1914–1918 als Meldegepöngler teil. Dabei wurde er mehrfach verwundet; er wurde mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Das Kriegsende erlebte er nach einer Gasverwundung im Lazarett in Posenwalk in Vorpommern.

Nach seiner Genesung wandte sich Hitler der Politik zu. Anfangs wurde er von seinem Münchener Reichwehrkommando wegen seiner außerordentlichen Begabung als Schulungsredner eingestellt; dabei kam er in Berührung mit einer neu gegründeten »Deutschen Arbeiterpartei«, der er beitrug. Bereits im Juli 1921 wurde Hitler erster Vorsitzender mit absoluter Vollmacht. Die Partei war inzwischen in *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)*, ► 10.35) umbenannt worden. In dem für völkisch-nationalistische und republikfeindliche Betätigungen günstigen politischen Klima in Bayern wurde Hitlers Partei rasch eine der aktivsten Gruppen, Hitler selbst zu einer Schlüsselfigur. Sein Versuch, die konservative bayerische Landesregierung zum Staatsstreich gegen die »rote« Reichsregierung in Berlin anzutreiben, misslang am 9. November 1923 (► *Hitlerputsch*, 10.23). Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, aber bereits Ende 1924 vorzeitig aus der Haftanstalt Landsberg am Lech entlassen. Während der Haftzeit las er viel und schrieb das Buch »Mein Kampf«, in dem er seine maßlosen politischen Ziele und extremen weltanschaulichen Vorstellungen offen aussprach. Er forderte den »wissenschaftlich reinen«, »großgermanischen« Führerstaat, dem die Herrschaft über die »minderwertigen Mischrasen« und Völker zustand, und die »Ausschaltung« der Juden aus dem deutschen Volksleben sowie die Vernichtung der Marxisten bzw. Bolschewisten.

Hitlers Plan, nach dem Wiederaufbau der Partei, die während seiner Haft an Stärke verloren hatte, die Macht im Staat auf legalem Wege zu erlangen, war bis 1929 kein Erfolg beschieden. Erst die Auswirkungen der *Weltwirtschaftskrise* (► 10.32) brachten den Durchbruch zur Massenpartei, wie er in dem Wahlerfolg vom 14. September 1930 zum Ausdruck kam. Bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932

trat Hitler als Kandidat der Rechtsparteien gegen *Hindenburg* (► 10.29) an. Er verlor, konnte aber (im 2. Wahlgang) 36,8% der Stimmen auf sich vereinen. Aus der Reichstagswahl vom Juli 1932 ging die NSDAP als stärkste Partei hervor. Hitlers Ziel, zum Kanzler ernannt zu werden, scheiterte jedoch an Hindenburg. Am 30. Januar 1933 waren die konservativen Kräfte zu diesem Schritt bereit.

Als Kanzler gelang es Hitler, mithilfe der Reichstagsbrandverordnung und des *Ermächtigungsgesetzes* (► 11.5) in wenigen Monaten alle demokratischen Einrichtungen auszuschalten und eine Diktatur zu errichten. Die Reichswehr gewann er, indem er mit dem Blutbad vom 30. Juni 1934 (*»Röhmputsch«*, ► 11.13) die SA als mögliche Konkurrenz ausschaltete. Nach dem Tode Hindenburgs am 2. August 1934 ließ er die Reichswehr auf seinen Namen vereidigen und vereinigte in seiner Person unter dem Titel »Führer und Reichskanzler« das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers. Vom Reichspropagandaminister *Joseph Goebbels* (► 11.14) inszeniert, entstand ein beispielloser Führerkult. Hitler wurde wegen seiner außenpolitischen Erfolge (Rückkehr des Saarlandes ins Reich, Flottenabkommen mit England 1935 und Anschluss Österreichs 1938) als größter deutscher Staatsmann seit Bismarck gefeiert. Mit in Abständen vorgetragenen Friedensbeteuerungen gelang es ihm, die Welt darüber zu täuschen, dass er im Begriff war, den großen Krieg vorzubereiten, in dem das deutsche Volk den angeblich benötigten »Lebensraum« (► 11.30) im Osten erobern sollte.

Seine Pläne, die Tschechoslowakei zu zerschlagen, wurden im Herbst 1938 durch das Einschreiten des britischen Premierministers Neville Chamberlain und das *Münchener Abkommen* (► 11.25) noch einmal vereitelt, aber im Frühjahr 1939 holte er dies mit der Besetzung der »Resttschechei« nach. Für den deutschen *Überfall auf Polen* (► 11.28) verschaffte Hitler sich mit dem *Hitler-Stalin-Pakt* (► 11.27) Rückendeckung. Großbritannien und Frankreich lösten ihre Polen gegebene Garantie ein und erklärten Deutschland den Krieg. Die beeindruckenden Blitzsieg der weit überlegenen deutschen Wehrmachtverbände in Polen, Dänemark, Norwegen und Frankreich stärkten Hitlers Position im Ansehen des deutschen Volkes und gaben der deutschen Opposition, die sich seit 1938 gebildet hatte und zur Rettung des

Friedens einen Staatsstreich plante, keine Chance, für ihr Vorhaben im Volk Verständnis zu finden.

Ein Meinungsumschwung setzte erst ein, als Hitler im Juni 1941 auch die Sowjetunion angriff und die deutschen Angriffsspitzen nach großen Anfangserfolgen im Winter 1941 vor Moskau zum Rückzug gezwungen wurden. Hitler schob die Schuld für das militärische Ver-



Berlin. Reichstagsgebäude in Flammen.

▲ 27. Februar 1933: das brennende Reichstagsgebäude in Berlin

sagen den Generalen zu und übernahm selbst den Oberbefehl über das Heer. Aber der Nimbus von der Unbesiegbarkeit der deutschen Soldaten und der Unfehlbarkeit Hitlers war jetzt angeschlagen, er zerstob endgültig in der Katastrophe von Stalingrad (► 11.41) im Januar und Februar 1943. Mit dem auf Befehl Hitlers mit unmenschlicher Härte geführten »Weltanschauungskrieg« gegen die Sowjetunion waren auch seinen Direktiven zufolge die Aktionen zum Massenmord an den europäischen Juden in den Konzentrations- und Vernichtungslagern des Ostens angelaufen.

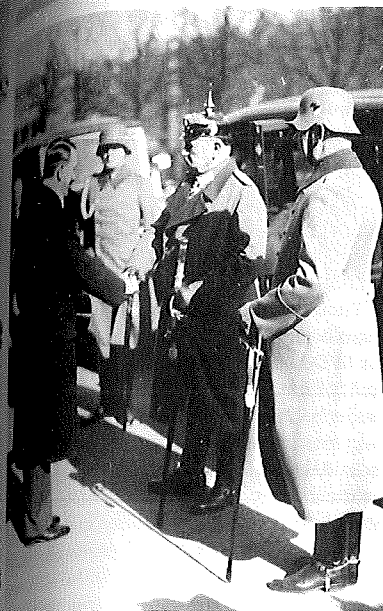
Während mit der Wende des Krieges seit 1942 die deutschen Truppen vor der Übermacht der Gegner immer weiter in Richtung auf die Reichsgrenzen zurückweichen mussten, die Briten und Amerikaner mit ihrer Landung in der Normandie im Juni 1944 (Invasion ► 11.44) eine zweite Front im Westen gebildet hatten, versuchte die deutsche Widerstandsbewegung, durch Beseitigung Hitlers in letzter Minute noch das Schlimmste für Deutschland abzuwenden. Aber das Attentat vom 20. Juli 1944 (► 11.45) misslang. Vom Bunker der Reichskanzlei aus erließ Hitler im März 1945 den Befehl »Verbrannte Erde« und sprach dem deutschen Volk als dem unterlegenen das Recht ab zu überleben. Er entzog sich am 30. April 1945 der Verantwortung durch Selbstmord.

11.3 Reichstagsbrand

Am Abend des 27. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude in Berlin. Es war Brandstiftung. Am Tatort wurde der Holländer Marinus van der Lubbe festgenommen. Er bestritt, Mörder gehabt zu haben.

Die Nationalsozialisten beschuldigten sofort die Kommunisten, den Brand gelegt zu haben, als Signal zum Aufstand gegen die neue Machthaber. Hitler nutzte die Stunde und ließ schon am 28. Februar durch den Reichspräsidenten die »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« herausgeben, die so genannte Reichstagsbrandverordnung. Durch sie wurden praktisch alle politischen Grundrechte der Weimarer Verfassung »bis auf weiteres« außer Kraft gesetzt. Eine Welle von Verhaftungen, vor allem kommunistischer Funktionäre und Reichstagsabgeordneter, setzte ein, die kommunistische Presse wurde verboten, zeitweise auch die sozialdemokratische.

In dem späteren Reichstagsbrandprozess konnte eine Mitschuld kommunistischer Agenten nicht nachgewiesen werden, die angeklagten Kommunistenführer mussten freigesprochen werden. Immer wieder sind Zweifel an der These der Alleintäterschaft des Holländers, der zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, geäußert worden. Der nahe liegende Verdacht, dass die Nationalsozialisten selbst den Brand gelegt haben könnten, um sich – vor den Reichstagswahlen – eine Handhabe zum Vorgehen gegen die KPD zu verschaffen, war unter schwerlich vorhanden, konnte aber während der



▲ Vor der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstags in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März 1933 begrüßt Hitler den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der »Tag von Potsdam« sollte die Vereinbarkeit von Nationalsozialismus und alter preussischer Tradition dokumentieren.

nationalsozialistischen Herrschaft öffentlich geäußert werden. Neueren Forschungen zufolge haben die Nationalsozialisten den Reichstagsbrand nicht veranlasst, ihn aber für ihre Zwecke instrumentalisiert.

11.4 Tag von Potsdam

Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erlangte die NSDAP ihr Ziel einer absoluten Mehrheit nicht, obwohl sie den Wahlkampf mit großem Propagandaaufwand und massivem Terror gegenüber den politischen Gegnern geführt hatte. Sie erlangte 43,9% der Stimmen und war nun auf die Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei angewiesen, die 8% erreichte. Am 21. März trat der neue Reichstag in der Potsdamer Garnisonkirche zur feierlichen Eröffnung zusammen. Hitler ließ hier ein großes Schauspiel abrollen, das die Welt und das deut-

sche Volk von seiner Friedensliebe überzeugen sollte. Zugleich sollte die Übereinstimmung zwischen dem neuen nationalsozialistischen Deutschland und der alten preussisch-deutschen Tradition vor aller Welt dokumentiert werden: Gottesdienst und feierliche Eröffnung des Reichstages in der Begräbniskirche Friedrichs des Großen, die Traditionsfahnen der alten kaiserlichen Regimenter, der Reichspräsident selbst in der Uniform des kaiserlichen Generalfeldmarschalls und ihm gegenüber der Reichskanzler in feierlich-dunklem Zivil, sich ehrfurchtsvoll vor der Heldengestalt verneigend.

Diese Bilder gingen um die Welt, sie verfehlten ihre Wirkung nicht, nicht im Ausland und schon gar nicht im deutschen Volk.

11.5 Ermächtigungsgesetz

Am 23. März 1933, zwei Tage nach dem nationalen Schauspiel von Potsdam, legte Hitler dem Reichstag das Ermächtigungsgesetz vor, das der Regierung für die Dauer von vier Jahren das

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 24. März 1933	Nr. 25
------	---	--------

Inhalt: Gesetz zur Abhebung der Reich von Volk und Reich. Vom 24. März 1933. ... 2. 141

Gesetz zur Abhebung der Reich von Volk und Reich. Vom 24. März 1933.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichspräsidenten verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsmäßiger Gesetzgebung erfüllt sind.

Artikel 1
Reichspräsident können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung ernannt werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 65 Abs. 2 und 67 der Reichsverfassung bestimmten Befehle.

Artikel 2
Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsregierung abmünden, soweit sie nicht die Einmündung des Reichstags und des Reichsrats als Folge zum Gegenstand haben. Die Befehle des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3
Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichspräsidenten ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nicht anders bestimmt sind, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Befehle keine Anwendung.

Artikel 4
Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsverwaltung beziehen, be-

halten nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Befehle erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1933 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gestammelte Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Karl Goebbels

Der Reichsminister des Innern
Friedrich Hecker

Der Reichsminister des Auswärtigen
Ulrich Graf

Der Reichsminister der Finanzen
Hug Lohse

▲ Mit dem am 23. März 1933 vom Reichstag verabschiedeten »Ermächtigungsgesetz«, mit dem die NS-Diktatur legalisiert wurde, konnten sämtliche demokratischen Strukturen in Deutschland zerschlagen werden

Recht geben sollte, Gesetze – auch verfassungsändernde Gesetze – ohne Beteiligung des Reichstages und des Reichsrates zu erlassen. Zugleich wurde die Rechtssicherheit des Einzelnen aufgehoben: Die Polizei konnte ohne Gerichtsentscheid »Schutzhaft« verhängen. Hitler gelang es, mit der Zustimmung der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums, die notwendige Zweidrittelmehrheit zu erhalten. Von den bei der Abstimmung anwesenden 538 Abgeordneten stimmten 444 mit »Ja«, alle anwesenden 94 Sozialdemokraten lehnten das Ermächtigungsgesetz ab. Die 81 kommunistischen Abgeordneten fehlten, sie waren seit dem Reichstagsbrand (► 11.3) entweder verhaftet oder untergetaucht, ebenso die fehlenden 26 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Wels rechtfertigte in einer mutigen Rede die Haltung seiner Fraktion mit der Verpflichtung zur wahren Demokratie, zu Menschlichkeit und Gerechtigkeit und prangerte die von der nationalsozialistisch geführten Regierung seit der Machtübernahme begangenen und geduldeten Unrechtshandlungen an.

Das für vier Jahre vorgesehene Gesetz ist mehrfach verlängert worden; der mit ihm verhängte Ausnahmezustand ist bis zum Zusammenbruch im Mai 1945 Verfassungswirklichkeit in Deutschland gewesen.

11.6 Gleichschaltung

Mit der Besetzung des Reichsinnenministeriums durch den Nationalsozialisten Wilhelm Frick und des preußischen Innenministeriums durch Hermann Göring (► 11.10) befand sich die Befehlsgewalt über die Polizeikräfte in der Hand der Nationalsozialisten. Göring verstärkte zudem die preußische Polizei für seine Maßnahmen gegen politische Gegner, indem er 50 000 SA- und SS-Männer als Hilfspolizisten aufstellte. Heinrich Himmler (► 11.31) übernahm den Befehl über die Münchener Polizei und danach über die politische Polizei in ganz Bayern.

Dieser Prozess der Machtkonzentration wurde mit dem »Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« vom 31. März 1933 fortgesetzt – die Länderparlamente wurden ohne Neuwahlen nach dem Verhältnis der Reichstagswahl umgebildet. Mit der Einsetzung von »Reichsstatthaltern« durch das Gesetz vom

7. April 1933 wurde praktisch die Selbständigkeit der Länder aufgehoben. Mit dem Gesetz vom 30. Januar 1934 über den Neuaufbau des Reiches wurden die Länderparlamente ganz beseitigt. Damit war an die Stelle des bundesstaatlichen Charakters des Reiches ein staatszentralistischer Zentralismus getreten, der von der Partei kontrolliert werden sollte.

Nach der Auflösung der Gewerkschaften und ihrer Zwangsüberführung in die Deutsche Arbeitsfront (► 11.9) wurden nacheinander die Parteien verboten oder gezwungen, sich selbst aufzulösen. Am 22. Juni 1933 erfolgte das Verbot der SPD, am 27. Juni erklärten die DNVP und die DVP die Selbstauflösung ihrer Parteiorganisationen. Der Führer der DNVP, Alfred Hugenberg, trat unter Protest als Reichsminister zurück. Als Letzte der demokratischen Parteien löste sich am 5. Juli 1933 das Zentrum auf. Den Abschluss dieser Entwicklung bildete das am 14. Juli 1933 erlassene Gesetz gegen die Neubildung von Parteien, das die NSDAP als einzige politische Partei in Deutschland anerkannte und zugleich jeden Versuch einer Neubildung von Parteien mit Zuchthausstrafen bedrohte. Damit waren die letzten Reste der Demokratie beseitigt und der nationalsozialistische Einparteiensstaat ohne nennenswerten Widerstand errichtet. Wo sich Widerstand regte, wurde er rücksichtslos gebrochen, wurden protestierende Parteiführer und Funktionäre in »Schutzhaft« genommen und in Konzentrationslagern (► 11.39) eingewiesen.

11.7 Reichskonkordat

Ihren ersten außenpolitischen Erfolg errang die Reichsregierung mit dem Abschluss des Reichskonkordates, das am 20. Juli 1933 in Rom unterzeichnet wurde. Die Verhandlungen hatten auf deutscher Seite Vizekanzler von Papen und Prälat Kaas, der letzte Vorsitzende der Zentrumspartei, geführt, auf der Seite des Vatikans Kardinalstaatssekretär Pacelli – der spätere Papst Pius XII. Das Konkordat enthielt u. a. Bestimmungen über die öffentliche Ausübung des katholischen Bekenntnisses in Deutschland, über den Schutz katholischer nichtpolitischer Organisationen, über die Aufrechterhaltung der katholischen theologischen Fakultäten an den Hochschulen des Landes, über den Schutz des kirchlichen Eigentums, über die Beibehaltung und Neuerrichtung katholischer Bekennt-



◀ »Reichsbischof« Ludwig Müller, Oberhaupt der regimennahen »Deutschen Christen«, wird während des Nürnberger Parteitages der NSDAP 1934 von Hitler begrüßt

schulen und die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts an den Schulen. Für den nationalsozialistischen Staat war der Entpolitisierungsartikel des Konkordats, der die katholischen Geistlichen von jeder parteipolitischen Betätigung ausschloss, von großer Bedeutung. Vor der Weltöffentlichkeit sollte der Konkordatsabschluss die Konzessionsbereitschaft Hitlers aufzeigen und den Verdacht der Kirchenfeindlichkeit des nationalsozialistischen Staates widerlegen. Als erstes völkerrechtliches Dokument bedeutete der Abschluss des Reichskonkordates für Hitler einen beträchtlichen und hochwillkommenen Prestigegewinn. Der Vatikan rechtfertigte seinen Schritt mit der offensichtlich klaren Einstellung des neuen Deutschland gegenüber dem Bolschewismus und der Gottlosenbewegung. Als sich später die Verletzungen des Konkordats in dem sich herausbildenden Kirchenkampf häuften, brandmarkte Papst Pius XI. die Übergriffe und das Vorgehen der Nationalsozialisten 1937 mit seiner Enzyklika »In brennender Sorge«. – 1957 hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil die fortdauernde Gültigkeit des Reichskonkordats für die Bundesrepublik Deutschland festgestellt.

11.8 Bekennende Kirche

Im Bereich der evangelischen Kirche wurde von den Nationalsozialisten die Bewegung der »Deutschen Christen« eindeutig gefördert, die an der Volkstumsideologie und dem Führerprinzip der Partei orientiert waren und eine überkonfessionelle deutsche Nationalkirche anstrebten. Sie fanden 1933 anfänglich in der evangelischen Pfarrerschaft und vor allem unter den Universitätstheologen große Resonanz. Eine von den »Deutschen Christen« beherrschte Nationalsynode in Wittenberg wählte am 27. Sep-

tember 1933 den Pfarrer Ludwig Müller, Vertrauensmann Hitlers in kirchlich-evangelischen Angelegenheiten, zum »Reichsbischof«. Gegen diese Entwicklung entstand aus dem von Pfarrer Martin Niemöller ins Leben gerufenen »Pfarrernotbund« im Frühjahr 1934 die Widerstandsbewegung der Bekennenden Kirche. Sie stellte sich auf der Barmer Bekenntnissynode Ende Mai 1934 als die bekennende und rechtmäßige evangelische Kirche dar und setzte sich in einer öffentlichen Erklärung scharf mit den Irrtümern der »Deutschen Christen« auseinander. Die Verbreitung der Barmer Erklärung wurde verboten, die Predigten der Mitglieder der Bekennenden Kirche wurden von der Gestapo überwacht, oft wurden Pfarrer von der Kanzel herab verhaftet, Schriften der Organisation beschlagnahmt. Amtsenthebungen, Verhaftungen, Ausweisungen und Verurteilungen zu langjähriger KZ-Haft waren an der Tagesordnung.

Trotz aller Drangsalierungen konnte die Organisation der Bekennenden Kirche nicht zerschlagen werden. Immer wieder erhoben Kirchenvertreter öffentlich Protest gegen Juden-deportationen, gegen das von Hitler befohlene Euthanasieprogramm, gegen die Konzentrationslager. Pfarrer Martin Niemöller, einer der unerbittlichsten Gegner des Regimes, wurde am 1. Juli 1937 verhaftet und verbrachte fast acht Jahre in Konzentrationslagern. Erst gegen Kriegsende wurde er von deutschen Soldaten befreit.

11.9 Deutsche Arbeitsfront

Hitler ließ den 1. Mai, den traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung, zum »Tag der nationalen Arbeit« und erstmals zum gesetzlichen Feiertag erklären. Schon der 1. Mai 1933 wurde mit eindrucksvoll inszenierten Massen-

kundgebungen, an denen auch die zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Gewerkschaften teilnahmen, festlich begangen. Die Massen der Arbeiter, die bei der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 ihre Stimmen nicht den Nationalsozialisten, sondern der SPD oder der KPD gegeben hatten, sollten mit diesen Maifeiern für die Partei Hitlers gewonnen werden. Die Hoffnung der Gewerkschaftsführer, dass sich nun eine Zusammenarbeit zwischen ihren Organisationen und der »Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation« (NSBO) anbahnen würde, zerstoben bereits am folgenden Tage; denn am 2. Mai besetzten in ganz Deutschland SA- und SS-Einheiten alle Gewerkschaftshäuser. Leitende Funktionäre wurden verhaftet, das Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt. Wenige Tage später wurden alle Gewerkschaftsmitglieder in die neue, Arbeitgeber und Arbeitnehmer einheitlich erfassende Organisation der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) zwangsüberführt. Auch die christlichen Gewerkschaften wurden kurz danach aufgelöst und ihre Mitglieder in die DAF eingereiht. In der Deutschen Arbeitsfront, so verkündete die Parteipresse, sei die deutsche Volksgemeinschaft verwirklicht, seien die alten Klassengegensätze aufgehoben. Die Tarifautonomie der Sozialpartner wurde durch die neu geschaffene Institution des staatlichen »Treuhänders der Arbeit« ersetzt. Die Mitgliedschaft in der DAF war formell freiwillig, doch wurde auf die Arbeitnehmer starker Druck ausgeübt, der Organisation beizutreten (1942: ca. 25 Millionen Mitglieder). Die Deutsche Arbeitsfront war, gestützt auf ihr hohes Beitragsaufkommen und auf das Vermögen der aufgelösten Gewerkschaften, Trägerin der »Nationalsozialistischen Gemeinschaft Kraft durch Freude« (KdF; Gestaltung von Urlaub und Reisen, Durchführung der Volksbildung).

11.10 Hermann Göring

Bei der Errichtung der Diktatur in Deutschland und der rücksichtslosen Verfolgung und Ausschaltung der politischen Gegner war Hermann Göring Hitlers wichtigster Mitstreiter. In der Reichsregierung vom 30. Januar 1933 war er Minister ohne Geschäftsbereich. Als kommissarischem Innenminister (und bald als Ministerpräsident) von Preußen unterstand ihm der gesamte preußische Polizeiapparat, den er noch

durch 50 000 SA- und SS-Männer verstärkt und brutal gegen alle Regimegegner einsetzte. »Ich habe kein Gewissen, mein Gewissen heißt Adolf Hitler!«

Geboren am 12. Januar 1893 in Rosenheim als Sohn eines Kolonialbeamten, im 1. Weltkrieg hoch dekoriertes Jagdflieger und letzter Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, war Göring 1922 zur NSDAP gestoßen und von Hitler mit der Führung der SA beauftragt worden. Nach dem gescheiterten Hitlerputsch (► 10.23) entzog sich Göring der Verhaftung durch Flucht ins Ausland. Nach seiner Rückkehr wurde er einer der engsten Mitarbeiter Hitlers, 1932 Reichstagspräsident. Beim so genannten »Röhmputsch« (► 11.13) war Göring einer der radikalsten Vollstrecker des Mordbefehls vom 30. Juni 1934. In der Blomberg-Fritsch-Affäre 1938 (► 11.23) hatte er die Hand im Spiel – in der Hoffnung, selbst Oberbefehlshaber der Wehrmacht zu werden. Als Beauftragter für den Vierjahresplan (► 11.21) ab 1936 war er der wichtigste Mann in der Wiederaufrüstung. Hitler unterstrich seine Sonderstellung in der Parteihierarchie am Tage des Überfalls auf Polen, am 1. September 1939, als er ihm öffentlich zu seinem Nachfolger bestimmte. Als Oberbefehlshaber der Luftwaffe (seit 1935 vernachlässigte Göring den rechtzeitigen Aufbau starker Jagdgeschwader zur Verteidigung des heimatlichen Luftraumes, weil er sich der Forderung Hitlers anschloss, vorrangig Bombenverbände als Offensivwaffe aufzustellen. So kam es schon bald nach dem Scheitern der Luftschlacht um England (► 11.33) zu den ersten schweren Bombenangriffen auf deutsche Städte und schließlich zu der nahezu totalen Luftüberlegenheit der Alliierten in den letzten beiden Kriegsjahren.

Göring hat 1939 zwar versucht, über seine guten Auslandsverbindungen den Ausbruch des Krieges noch zu verhindern. Später war er verantwortlich für die Deportation ausländischer Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie wie auch für die Vernichtungsaktionen gegen die europäischen Juden. Weitaus in den letzten Kriegswochen von dem in Berlin eingeschlossenen Hitler ultimativ die Übergabe der Staatsgeschäfte forderte, entfernte Hitler ihn aus der Partei und allen seinen Ämtern. Göring geriet in amerikanische Gefangenschaft und wurde im Nürnberger Kriegsverbrechensprozess (► 12.6) am 1. Oktober 1946 zum Tod

durch den Strang verurteilt, entzog sich aber seiner Hinrichtung durch Einnahme von Gift (10. Oktober 1946).

11.11 Bücherverbrennung

Joseph Goebbels (► 11.14), seit dem 13. März 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda im Kabinett Hitlers, war der Initiator der schon im Frühjahr 1933 einsetzenden Aktionen gegen missliebige, zum Teil jüdische Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler und Publizisten. Am 10. Mai 1933 wurden in Berlin und anderen deutschen Universitätsstädten unter großem propagandistischem Aufwand Aktionen zur »Verbrennung undeutschen Schrifttums« durchgeführt. Mit »Feuersprüchen« wurden als »entartet« und »undeutsch« bezeichnete Bücher vieler namhafter Autoren auf den Scheiterhaufen geworfen. Zu den von den Nazis Verfeimten gehörten Heinrich Mann, Sigmund Freud, Heinrich Heine, Karl Marx, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Erich Maria Remarque, Erich Kästner und viele andere. Viele der Verfeimten flohen oder wanderten aus, darunter fast alle deutschen Schriftsteller von Rang, einige begingen Selbstmord. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Vorgänge mehr oder weniger hingenommen; Entsetzen zeigte sich nur dort, wo Angehörige oder Freunde betroffen waren. Eine der wenigen, die ihrer Empörung öffentlich Ausdruck gaben, war Ricarda Huch. Sie protestierte in einem Brief an den Präsidenten der Preussischen Akademie der Künste, als diese begann, ihre

jüdischen Mitglieder auszuschließen, und erklärte ostentativ ihren Austritt aus der Akademie.

11.12 Hitler-Jugend

In ihrem Bestreben, das deutsche Volk nach ihren Vorstellungen in »nationalsozialistischem Geist« zu erziehen, setzten Hitler und die Partei auf die Jugend. Möglichst alle deutschen Jungen und Mädchen sollten zwischen dem 10. und 18. Lebensjahr in der Nachwuchsorganisation der NSDAP, der Hitler-Jugend (HJ), erfasst werden. Zu Beginn des Jahres 1933 gehörten der HJ knapp 110 000 Mitglieder an, im Sommer 1933 bereits über 3,5 Millionen und Ende 1938 etwa 8,7 Millionen. Inzwischen waren alle bündischen und konfessionellen (mit Ausnahme der katholischen) Jugendverbände und sonstigen Jugendgruppen aufgelöst und in die HJ übernommen worden.

Fahrten und Zeltlager, Geländespiele, Lagerfeuer und Heimabende vermochten viele Jugendliche in den ersten Jahren anzuziehen und zu begeistern, zumal die Ideale der bündischen Jugendbewegung größtenteils weiter zu gelten schienen. Auch der Grundsatz »Jugend muss durch Jugend geführt werden« sprach viele junge Menschen in ihrem Streben nach Selbstständigkeit und Selbstverwirklichung an. Das Reichsgesetz vom 1. Dezember 1936 erklärte die HJ zur Staatsjugend, die Mitgliedschaft wurde somit jedem Jugendlichen zur Pflicht gemacht. Zunehmend gewann im HJ-Dienst – im Zusammenhang mit der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung – die vormili-



« Unter der Proklamation der »zwölf Thesen wider den undeutschen Geist« fanden am 10. Mai 1933 in den deutschen Universitätsstädten Bücherverbrennungen statt. Das Bild zeigt die entsprechende Aktion vor der Berliner Staatsoper

tärische Ausbildung und »Wehrertüchtigung« an Bedeutung. In den letzten Kriegsmonaten wurden Angehörige der HJ im Kriegsdienst eingesetzt, als Flakhelfer oder im *Volkssturm* (► 11.49), viele starben einen sinnlosen Tod oder gerieten in Gefangenschaft.

Aufbau: Jungvolk (10- bis 14-jährige Jungen), Hitler-Jugend (14- bis 18-jährige Jungen), Jungmädels (10- bis 14-jährige Mädchen), Bund Deutscher Mädels (14- bis 18-jährige Mädchen).

11.13 »Röhmputsch«

Die von der NSDAP schon früh aufgebaute SA (Sturmabteilung), ursprünglich als Saalschutz bei Veranstaltungen gedacht, war nach der Machtübernahme durch die erheblichen Neuaufnahmen (oft verächtlich als »Märzgefällene« bezeichnet) zu einem Millionenheer angewachsen, in dem Vorstellungen von einer weitgehenden sozialen Umgestaltung Deutschlands verbreitet waren. Die Führer der SA, an der Spitze ihr Stabschef Ernst Röhm, ein ehemaliger Offizier, sahen in ihrer straff geführten Organisation den Grundstock einer neu zu bildenden Volksmiliz, in die unter ihrer Regie auch die Reichswehr eingegliedert werden sollte. Gegen derartige Pläne und wild kursierende Gerüchte von einer »zweiten Revolution« suchte sich die konservative Reichswehrführung bei Hitler abzusichern. Da Hitler die Generale für seine Aufrüstungs- und Kriegsvorbe-



▲ Am 30. Juni 1934 ließ Hitler den SA-Stabschef Ernst Röhm (in der Bildmitte) und weitere Angehörige der Führungsspitze dieser NSDAP-Gliederung ermorden. Die SA war damit als Machtfaktor ausgeschaltet

Jugend dient dem Führer



▲ Die Hitlerjugend galt seit dem 1. Dezember 1936 per Gesetz als »Staatsjugend«, seit 1939 war die Mitgliedschaft in ihren Gliederungen für alle Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren verbindlich

reitungspläne dringend benötigte, entschied er sich für sie und gegen die sozialrevolutionären Ideen der SA-Führer.

Von der SS geschürte Gerüchte über angebliche Putschpläne der SA-Führung nahm Hitler zum Anlass, die gesamte oberste SA-Führung anlässlich einer Führertragung am 30. Juni 1934 verhaften und ohne Gerichtsverhandlung ermorden zu lassen. Die Generale der Reichswehr, denen Hitler nun den Beweis geliefert hatte, dass die Reichswehr als Waffenträger der Nation unbestritten blieb, nahmen es widerspruchslos hin, dass im Zuge der Mordaktionen auch andere alte Widersacher Hitlers beseitigt wurden, darunter zwei Generale – einer von ihnen war Kurt von Schleicher, der letzte Reichskanzler. Zu den Ermordeten gehörten auch einige der engsten Mitarbeiter des Vizekanzlers von Papen, der ehemalige bayerische Staatskommissar von Kahr zur Zeit des *Hitlerputsches* 1923 (► 11.23), und innerparteiliche Rivalen (der

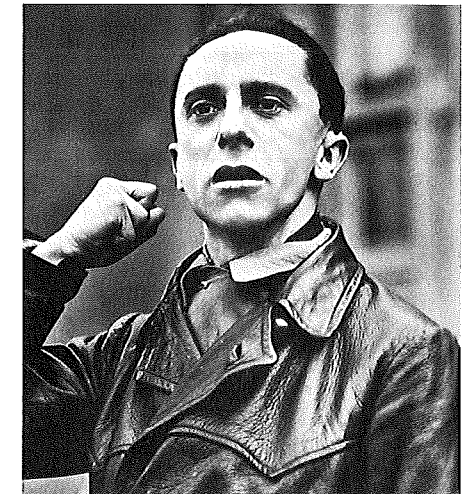
linke Flügel« unter Gregor Strasser, vordem Organisationsleiter der NSDAP). Hitler ließ nachträglich durch ein vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnetes Gesetz vom 3. Juli 1934 die Morde »als Staatsnotwehr für »rechtens« erklären. Um vor der Öffentlichkeit der Mordaktion nachträglich eine moralische Rechtfertigung zu geben, beklagte sich Hitler in einer Reichstagsrede am 13. Juli 1934 über die homosexuellen Neigungen Röhm und anderer SA-Führer. Die SA war für immer entmachtet, aber nun begann der Aufstieg der SS (► 11.31) als Eliteformation der Partei.

11.14 Joseph Goebbels

Wichtigster und an allen Entwicklungen und Entscheidungen in Partei und Staat maßgeblich beteiligter Gefolgsmann Hitlers neben Hermann Göring (► 11.10) war Joseph Goebbels. Geboren am 29. Oktober 1897 in Rheydt als Sohn eines Buchhalters, studierte er Philosophie, Kunstgeschichte und Literaturwissenschaft und promovierte zum Dr. phil. Im Jahre 1924 kam er zur NSDAP, gehörte zunächst dem mehr sozialistisch orientierten linken Flügel der Partei unter Gregor Strasser an, schwenkte dann jedoch ganz auf die Linie Hitlers ein, der ihn 1926 zum Gauleiter von Berlin-Brandenburg machte. Hier, in den von der KPD beherrschten Arbeitervierteln, wurde Goebbels durch seine demagogischen Fähigkeiten und seine rednerische Begabung eine der bekanntesten Gestalten in der Führungsgruppe der NSDAP. 1929 machte Hitler ihn zusätzlich zum »Reichspropagandaleiter« der NSDAP.

Zusammen mit Göring hat Goebbels entscheidend dazu beigetragen, dass der durch die Wahlniederlagen der Jahreswende 1932/33 niedergeschlagene Hitler nicht resignierte. Als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (ab 13. März 1933) hat Goebbels mit psychologisch geschickten Methoden Hitlers Machtstellung auszubauen verstanden, wobei er alle verfügbaren Mittel und vorrangig die Massenmedien Rundfunk, Presse und Film für die Inszenierung eines maßlos übersteigerten Personenkultes um die Person des »Führers« einsetzte. Er hat damit eine Art »Führermythos« geschaffen. Das Schauspiel des *Tages von Potsdam* (► 11.4), die Massenaufmärsche zum 1. Mai und zu anderen Gedenktagen sowie die organisatorisch in höchster Perfektion gestalte-

ten *Reichsparteitage* (► 11.15) waren sein Werk. Nicht nur die Deutschen sollten von der Größe und Einmaligkeit der nationalsozialistischen Bewegung überzeugt, auch das Ausland sollte von der Kraft des neuen Deutschland beeindruckt werden. So sehr wie er hat niemand zur Festigung der nationalsozialistischen Diktatur im deutschen Volk beigetragen. Goebbels hat auch die ersten antisemitischen Ausschreitungen vom 1. April 1933, die *Bücherverbrennungen* (► 11.11) vom Mai 1933 und später die Judenverfolgungen in der zynisch so bezeichneten



▲ Joseph Goebbels, der Propagandachef der NSDAP, hier bei einer Rede 1931 in Berlin

Reichskristallnacht (► 11.17) vom 9. November 1938 inszeniert.

Dem sich nach der Katastrophe von *Stalingrad* (► 11.41) abzeichnenden Stimmungsumschwung in Deutschland suchte Goebbels mit einer Fanatisierung der Massen und dem Aufruf zum *totalen Krieg* (► 11.42) zu begegnen. Hitler ernannte seinen treuesten Gefolgsmann in seinem *politischen Testament* (► 11.50) zum Reichskanzler. Goebbels aber folgte Hitler mit Frau und Kindern am 1. Mai 1945 in den Tod.

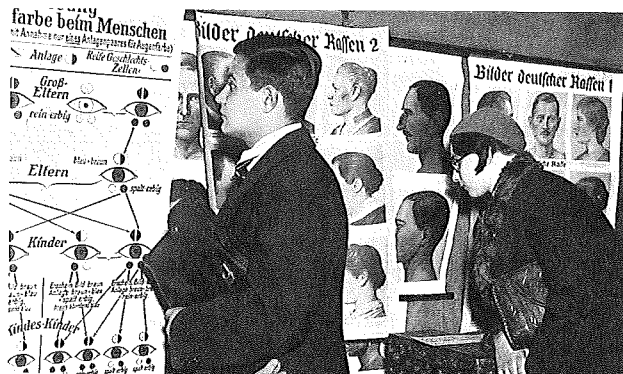
11.15 Reichsparteitage

Höhepunkte der nationalsozialistischen Propaganda, die unter der Regie von *Joseph Goebbels* (► 11.14) Mittel der Massenpsychologie einzu-

setzen wusste, waren die alljährlich mit gewaltigem Aufwand aufgezogenen Reichsparteitage. Sie fanden auf dem eigens dafür geschaffenen Reichsparteitagsgelände bei Nürnberg statt. In überdimensionalen Großveranstaltungen der Partei und ihrer Gliederungen, später auch des Arbeitsdienstes und der Wehrmacht, mit Fahnenaufmärschen und gottesdienstähnlichen Kultfeiern, deren Höhepunkt immer der Einzug des »Führers« war, sollte die völlige Übereinstimmung des deutschen Volkes mit der Partei und der Politik Hitlers vor aller Welt immer wieder zum Ausdruck gebracht werden. Die Teilnehmer an diesen Großkundgebungen sollten von der überwältigenden Größe der Nation und dem Erlebnis der unverbrüchlichen Volksgemeinschaft durchdrungen werden. Dieser Massenpsychose sind viele Menschen in diesen Jahren erlegen. Der für 1939 geplante »Reichsparteitag des Friedens« musste wegen des deutschen Überfalls auf Polen (► 11.28) abgesagt werden.

11.16 Nürnberger Gesetze

Mit dem von Goebbels organisierten Judenboykott vom 1. April 1933 gegen jüdische Geschäfte, Banken, Ärzte und Rechtsanwälte war die NSDAP erstmals nach der Machtübernahme öffentlich ihrem antisemitischen Programm entsprechend gegen jüdische Mitbürger vorgegangen. Am 7. April 1933 wurde mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« die rechtliche Grundlage für die Entfemung »nichtarischer« Beamter aus ihren Stellungen geschaffen. Damit waren Diffamierungen und Demütigungen jüdischer Menschen Tür und Tor geöffnet. Dabei trat vor allem das in



◀ Ein wichtiges Element der nationalsozialistischen Ideologie war die »Reinhaltung der deutschen Rasse«, die mit den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 gewährleistet werden sollte. Das Bild zeigt eine Ausstellung in Berlin 1934, die die Bürger »aufklären« sollte

Nürnberg erscheinende Schmierblatt »Der Stürmer« des fränkischen Gauleiters Julius Streicher mit antisemitischen Hetzkampagnen in Erscheinung.

Endgültig zu Staatsbürgern minderen Rechts erklärt wurden die deutschen Juden durch das in Nürnberg erlassene Gesetz, das »Reichsbürgergesetz« und das »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«. Mit dem »Reichsbürgergesetz« wurden politische Rechte und die Verleihung von Ehrenämtern vom Nachweis der »arischen Abstammung« abhängig gemacht. Den jüdischen Mitbürgern wurde das Reichsbürgerrecht vorenthalten. Das »Blutschutzgesetz« verbot unter Androhung von Zuchthausstrafen Eheschließungen und außereheliche Beziehungen zwischen Juden und »Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes« als Rassenschande. Juden wurde außerdem untersagt, »arische Hausangestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen. Die Verfolgung und ständige Diskriminierung der jüdischen Mitbürger in Deutschland hatte mit diesen Gesetzen, die in der ganzen Welt als Perversion des Rechtsstaatsgedankens schärfstens verurteilt wurden, eine juristische Grundlage erhalten.

11.17 »Reichskristallnacht«

Als Ende Oktober 1938 Tausende von ehemals polnischen Juden von der Reichsregierung nach Polen abgeschoben wurden und einem ungewissen Schicksal entgegengingen, weil die polnische Regierung zunächst die Wiederaufnahme verweigerte, erschoss der 17-jährige Herschel Grynspan, dessen Eltern zu den Aus-



▶ Für das in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 von den Nationalsozialisten inszenierte Pogrom gegen die Juden wurde in Anspielung auf die unter anderem dabei zahlreich zu Bruch gegangenen Scheiben die Bezeichnung »Reichskristallnacht« üblich. Das Bild zeigt den zerstörten Innenraum einer Synagoge

gewiesenen gehörten, am 7. November 1938 in Paris den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, der selbst ein Gegner der Hitlerdiktatur war. Der Racheakt hatte den deutschen Botschafter treffen sollen.

Dieser Mord wurde der Anlass zu den von Goebbels gesteuerten Ausschreitungen gegen jüdische Bürger und Geschäfte in ganz Deutschland in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, bei denen überall die Synagogen in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte und Wohnungen demoliert und jüdische Menschen, die sich zur Wehr setzten, verprügelt oder sogar ermordet wurden. Der Sachschaden belief sich auf mehrere Hundert Millionen Reichsmark. Im Laufe der Aktionen wurden über 26 000 Juden verhaftet und in Konzentrationslager (► 11.39) verschleppt.

Den geschädigten Juden wurde schließlich noch durch eine Verordnung eine Geldbuße von rund einer Milliarde Reichsmark für die entstandenen Schäden auferlegt, die an das Deutsche Reich zu entrichten war. Die jüdischen Geschäftsinhaber wurden gezwungen, ihre Firmen in »arische« Hände zu übergeben. Weitere Gesetze und Verordnungen schalteten die Juden jetzt auch aus dem Wirtschaftsleben sowie aus kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen aus.

Bis zum Pogrom vom 9. November 1938 waren trotz aller Diskriminierungen bisher nur rund 170 000 jüdische Bürger, etwa ein Drittel der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, ausgewandert. In der Führungsspitze der Nationalsozialisten, die für die Vorgänge des 9. November zynisch die Bezeichnung »Reichskristallnacht« erfanden, begannen jetzt Überlegungen über die »Lösung der Judenfrage«, wobei vorerst eine Massenausweisung (z.B. nach Madagaskar) erörtert wurde.

11.18 Rheinlandbesetzung

Am 7. März 1936 rückten auf Befehl Hitlers deutsche Truppenverbände in das gemäß dem Versailler Vertrag (► 10.11) entmilitarisierte Rheinland ein. Hitler verstieß mit dieser Aktion zugleich gegen den Locarno-Vertrag (► 10.26) von 1925, in dem für das Deutsche Reich der damalige Außenminister Gustav Stresemann ausdrücklich die Entmilitarisierung des Rheinlandes anerkannt hatte. Hitler begründete sein Vorgehen mit dem zwischen Frankreich und der Sowjetunion im Mai 1935 geschlossenen Beistandspakt, durch ihn sei der Locarno-Vertrag zuerst verletzt worden. In einer Rede vor dem Reichstag am 7. März unterstrich Hitler seine Friedensbereitschaft und kündigte die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund (► 10.27) an.

Die Besetzung des Rheinlandes war ein außerordentlich riskantes Unternehmen. Hätten Frankreich und Belgien mit einer militärischen Gegenaktion geantwortet, wäre Hitler gezwungen gewesen, die deutschen Verbände wieder zurückzuziehen. Die Wehrmacht wäre nicht in der Lage gewesen, einem Einmarsch der Westmächte nennenswerten Widerstand zu leisten. Hitler selbst gab später zu: »Die 48 Stunden nach dem Einmarsch ins Rheinland sind die aufregendste Zeitspanne in meinem Leben ge-



« Am 7. März 1936 zogen deutsche Truppen in Stärke von 25 000 Mann in das entmilitarisierte Rheinland ein. Obwohl dies ein eindeutiger Bruch des Vertrages von Locarno war, kommentierte ein Mitglied der britischen Regierung diesen Akt mit den Worten: »Schließlich sind die Deutschen ja nur in ihren eigenen Vorgärten eingerückt

wesen.« Aber die Franzosen marschierten nicht, da Großbritannien nicht bereit war, eine militärische Unternehmung zu unterstützen. So blieb es bei einer Protestnote und der Verurteilung Deutschlands vor dem Völkerbundsrat wegen Vertragsbruchs, über die Hitler sich unbeeindruckt hinwegsetzte. Die zurückhaltende Reaktion der Westmächte auf die Rheinlandbesetzung verschaffte Hitler einen beträchtlichen Prestigegewinn im deutschen Volk, und sie verstärkte seinen Eindruck, dass sich mit entschlossenem Auftreten gegenüber den »schlappen« Demokratien erfolgreiche Politik machen lasse. Die Chance, Hitler bereits zu diesem frühen Zeitpunkt und mit den besten Erfolgsaussichten in seinem ungestümen Vorwärtsdrang energisch entgegenzutreten, war vertan.

11.19 Achse Berlin-Rom

Hitler suchte für seine aggressive Außenpolitik Verbündete. Sein Wunschpartner Großbritannien blieb bei allem Verständnis für die von Hitler betriebene Revisionspolitik distanziert. So näherte er sich jetzt dem faschistischen Italien unter dem Diktator Benito Mussolini, den er wegen seiner Erfolge bewunderte und dessen theatralisch-pomphaftes Auftreten ihm wesenverwandt war. Noch 1934 war der erste Annäherungsversuch Hitlers kläglich gescheitert: Mussolini hatte durch den italienischen Truppenaufmarsch an der Südtiroler Grenze zum Misslingen des nationalsozialistischen Umsturzversuches in Österreich beigetragen und den Bestrebungen einiger österreichischer Kreise, die auf einen Anschluss an das national-

sozialistische Deutschland gerichtet waren, damit eine unmissverständliche Antwort erteilt. Nachdem aber Deutschland sich 1936 an den europäischen Sanktionsmaßnahmen gegen Italien nicht beteiligte, das sich anschickte, Abessinien zu erobern, sondern mit dringend benötigten Rohstofflieferungen zu Hilfe kam, änderte sich Mussolinis Einstellung gegenüber Deutschland. Der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges führte bald zu einer intensiven deutsch-italienischen Interventionspolitik und zu konkreter militärischer Zusammenarbeit auf der Seite Francos. Am 25. Oktober 1936 wurde anlässlich des Besuches des italienischen Außenministers Graf Ciano in Berlin ein deutsch-italienisches Abkommen geschlossen, für das wenige Tage später Mussolini in einer Rede die Bezeichnung »Achse Berlin-Rom« prägte. Deutschland erkannte offiziell die italienische Annexion Abessiniens an, beide Staaten sprachen die diplomatische Anerkennung der spanischen Gegenregierung unter Franco aus. Die gemeinsame Interventionspolitik im Spanischen Bürgerkrieg wurde mit der Entschlossenheit beider Staaten zum Kampf gegen den Bolschewismus begründet. Die Übereinkunft erhielt mit dem am 22. Mai 1939 zwischen beiden Staaten geschlossenen Stahlpakt einen festen Bündnisvertrag. Der Pakt trug einen ausgesprochen offensiven Charakter und diente der Vorbereitung des deutschen Überfalls auf Polen (► 11.28). Für Hitler waren der Abschluss des Bündnisvertrages und das gemeinsame Engagement mit dem faschistischen Italien im Spanischen Bürgerkrieg das Fundament, von dem aus er jetzt zu eigenen, ge-

waltsamer Annexions- und Eroberungspolitik überging, während Mussolini sich sowohl in der Sudetenkrise 1938 als auch unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf Polen 1939 bemühte, Hitler in seinem gewalttätigen, den Krieg ein kalkulierenden Vorgehen aufzuhalten.

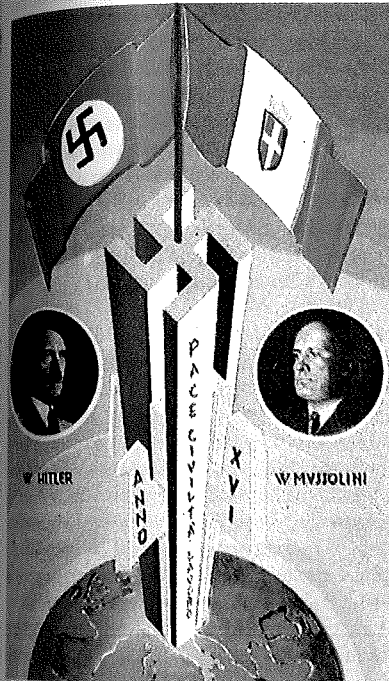
11.20 Antikominternpakt

Die antikomunistische Grundeinstellung des nationalsozialistischen Deutschland nahm die japanische Regierung zum Anlass, die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Deutschen Reich über eine gegen die Sowjetunion gerichtete Zusammenarbeit beider Staaten anzuregen. Am 25. November 1936 wurde in Berlin der Antikominternpakt abgeschlossen, dessen Hauptziel es war, der »kommunistischen Zersetzung« durch die Aktivitäten der Kommunis-

tischen Internationale (Komintern) entgegenzuwirken. Dem auf fünf Jahre vereinbarten Vertrag war ein geheimes Zusatzprotokoll beigefügt, in dem sich beide Partner gegenseitige Neutralität im Falle eines nicht provozierten Angriffs oder einer Angriffsandrohung der Sowjetunion auf eines der beiden Länder versprachen und die Versicherung abgaben, keine Verträge mit der Sowjetunion abzuschließen, die gegen den Geist dieses Abkommens verstoßen würden. Italien, das sich im November 1937 dem Antikominternpakt anschloss, wurde die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls verschwiegen. Hitler hat sich mit dem am 23. August 1939 geschlossenen *Hitler-Stalin-Pakt* (► 11.27) über die im Zusatzprotokoll abgegebene Versicherung hinweggesetzt.

11.21 Vierjahresplan

Auf dem Reichsparteitag in Nürnberg kündigte Hitler am 9. September 1936 einen Vierjahresplan für die Aufrüstung und die Erlangung der wirtschaftlichen Autarkie an. In einer Denkschrift hierzu ordnete er an, in vier Jahren müsse die Wehrmacht einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft kriegsbereit sein. Die Reichsregierung verkündete den Wirtschaftsplan durch Verordnung am 18. Oktober 1936; Beauftragter für den Vierjahresplan wurde *Hermann Göring* (► 11.10). Mit dem Vierjahresplan ging die marktwirtschaftlich geprägte Phase relativer Autonomie zu Ende, in der die private Großindustrie seit 1933 bei grundsätzlicher Zustimmung zu Hitlers Aufrüstungsplänen gearbeitet hatte. Die Einflussnahme der Partei und die Eingriffe des Staates wurden erheblich verstärkt, wengleich keineswegs eine Umstellung auf volle Planwirtschaft erfolgte. Entsprechend den Zielen des Vierjahresplans wurden der Privatwirtschaft auf Schwerpunktbereichen staatliche Produktionsprogramme verordnet. In den staatlichen Planungsprozess, dessen Organisation unter Göring unübersichtlich und stark auf persönlichen Beziehungen aufgebaut war, wurden zahlreiche Vertreter der Privatwirtschaft offiziell einbezogen. Mit den »Reichswerken Hermann Göring« baute der Staat einen eigenen Konzern im Bereich der Schwerindustrie auf; die SS gründete eigene Wirtschaftsbetriebe. Der Vierjahresplan beschränkte im Interesse der schwerindustriellen Produktion den Konsum der Bevölkerung; sie



▲ Die »Achse Berlin-Rom« wurde am 22. Mai 1939 mit dem Abschluss des deutsch-italienischen Freundschafts- und Bündnisvertrages besiegelt. Das Bild zeigt eine zu diesem Anlass entworfene italienische Propagandapostkarte

sollte später mit den Kriegsgewinnen aus dem angestrebten Krieg entschädigt werden. 1940 verlängert, verlor der Vierjahresplan unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft zunehmend an Bedeutung. Rüstungsminister Albert Speer (ab 1942) übernahm als Hauptverantwortlicher die Organisation der Kriegswirtschaft, in der die staatliche Planung verstärkt und ausgedehnt wurde.

11.22 Reichsarbeitsdienst

Auf der Arbeitslagerbewegung bündischer Studenten in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg aufbauend, hatte bereits die Regierung Brüning 1931 zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einen freiwilligen Arbeitsdienst eingerichtet. Von der Regierung Hitler wurde diese Ein-



Heute = Arbeit-Freude-Zucht-Volkskameradchaft

Gib Deine Stimme dem Führer!

Am 26. Juni 1935 wurde die 1931 gegründete Organisation des Freiwilligen Arbeitsdienstes in den Reichsarbeitsdienst (RAD) umgewandelt, der Eintritt in diesen Dienst für alle jungen Deutschen zwischen 18 und 25 Jahren war obligatorisch. NS-Wahlwerbeplakat aus einem früheren Wahlkampf mit dem Motiv eines (freiwilligen) Arbeitsdienstleistenden

richtung übernommen. Bereits 1934 wurde die Arbeitsdienstpflicht für Studenten eingeführt, die Zulassung zum Studium davon abhängig gemacht, dass vorher der Arbeitsdienst geleistet worden war.

Am 26. Juni 1935 wurde nun für alle Männer und Frauen zwischen 18 und 25 Jahren eine halbjährige Arbeitsdienstpflicht eingeführt und hierfür die Organisation des Reichsarbeitsdienstes (RAD) geschaffen. Der Reichsarbeitsdienst hat in seinen Anfangsjahren wesentlich zur »Sensibilisierung« der immer noch hohen Arbeitslosen zahlen beigetragen. In der Vorstellung der Parteideologen sollte er durch das gemeinsame Arbeitserlebnis der jungen Menschen aus allen Berufen das Bewusstsein der »Volksgemeinschaft« verstärken, das in den Formationen der Hitler-Jugend (► 11.12) begründet worden war. Während die Frauen vorwiegend in der Landwirtschaft und in bäuerlichen Haushalten eingesetzt wurden, geriet der Arbeitsdienst der männlichen Jugend neben den Aufgaben im Straßenbau und zur Bodenkultivierung zunehmend in den Bereich militärischer Hilfsdienste und vormilitärischer Ausbildung. Zusammen mit der ebenfalls 1935 eingeführten Wehrpflicht stellte der Arbeitsdienst einen festen Abschnitt im Leben eines jeden jungen Deutschen im Dritten Reich dar.

11.23 Wehrmacht

Die Reichswehr (► 10.16) war zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme neben dem Reichspräsidenten die einzige noch intakte Institution im Staate, auf die die konservativen Regierungsmitglieder setzten, wenn sie glaubten, Hitler in der Regierungsarbeit »einzurahmen« und »zähmen« zu können. Aber bereits am 3. Februar 1933 stimmte die versammelte Generalität dem von Hitler vorgetragenen Programm uneingeschränkt zu, in dem er neben der »Ausrottung des Marxismus« und der Beseitigung des »Krebschadens der Demokratie« den Aufbau der Wehrmacht und die Ausrüstung ankündigte und dabei auch einen Krieg zur »Eroberung neuen Lebensraumes im Osten« nicht ausschloss. Schon hier gab er den Generalen die Versicherung, dass nur die Reichswehr der Waffenträger der Nation sei und dass die SA lediglich innenpolitische Aufgaben zuströmen. Diese Zusage löste Hitler auf brutale Weise mit dem Blutbad vom 30. Juni 1934 im so ge-

schuf sich mit dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) eine ihm direkt unterstellte Führungsspitze mit ihm treu ergebenden Offizieren.

11.24 Anschluss Österreichs

Nach der Auflösung des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn am Ende des 1. Weltkrieges hatten die Deutschösterreicher spontan den Anschluss an das Deutsche Reich beschlossen,

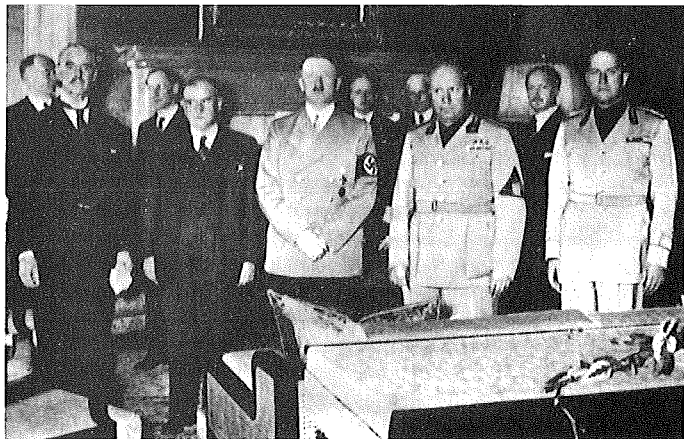


Der »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich am 12. März 1938 wurde von vielen freudig begrüßt. Deutsche Soldaten und österreichische Grenzpolizei beseitigen gemeinsam einen Schlagbaum an der bisherigen Grenze

der jedoch von den Siegermächten im Versailler Vertrag (► 10.11) untersagt wurde. Die nun entstandene Republik Österreich musste ihre wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ganz neu aufbauen und war dabei auf die Hilfe der Alliierten und die Gewährung von Krediten angewiesen. Auch in Österreich war 1933 ein autoritäres Regierungssystem unter Leitung des christlich-sozialen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß entstanden, der das Parlament ausschaltete, die kommunistische und die nationalsozialistische Partei verbot (1934 auch die Sozialdemokratie ausschaltete) und mit einem parteiähnlichen Kampfverband, der »Vaterländischen Front«, zu regieren versuchte. Außenpolitisch wurde sein Kurs von Ungarn und dem faschistischen Italien Mussolinis gestützt. Bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten im Juli 1934 wurde Dollfuß ermordet. Der Putsch aber misslang, weil die von Hitler-

Deutschland erwartete Unterstützung wegen der drohenden Haltung Mussolinis unterblieb. Zwischen Deutschland und Österreich kam zwar im Juli 1936 ein Abkommen zustande, das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder herstellte, aber die sich rasch verstärkende Zusammenarbeit zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien ließ die Alpenrepublik mehr und mehr in eine Außenseiterposition geraten. Als Hitler sich die Gewissheit verschafft hatte, dass Mussolini einem Anschluss Österreichs an Deutschland nicht mehr im Wege stehen werde, schlug er dem österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg gegenüber eine andere Sprache an. Zuerst verlangte er von ihm die Aufnahme nationalsozialistischer Führer in seine Regierung, dann forderte er brüsk seinen Rücktritt und die Übergabe der Regierung an den Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart. Obwohl alle Bedingungen erfüllt wurden, ließ Hitler am 12. März 1938 auf ein angebliches Ersuchen Seyß-Inquarts hin deutsche Truppen in Österreich einrücken. Er war inzwischen darüber informiert worden, dass Großbritannien ebenfalls den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich hinnehmen werde.

Die deutschen Soldaten wurden von der österreichischen Bevölkerung mit großem Jubel begrüßt. Unter einem Meer von Fahnen und Glockengeläut hielt Hitler Einzug in seine österreichische Heimat. Am 14. März 1938 trat das »Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich« in Kraft. Die nationalsozialistische Propaganda verkündete der



◀ Nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens vom 30. September 1938. Im Vordergrund von links nach rechts: Neville Chamberlain, Edouard Daladier, Adolf Hitler, Benito Mussolini, rechts außen der italienische Außenminister Galeazzo Ciano

Welt: Der »Führer« hat die »Ostmark heim ins Reich geholt!« Das »Großdeutsche Reich« hat viele erträumt hatten, war nun Wirklichkeit geworden. Die nach dem »Anschluss« Österreichs nun inoffizielle Bezeichnung »Großdeutsches Reich« wurde in der Folgezeit zum offiziellen Staatsnamen.

11.25 Münchener Abkommen

Hitlers Popularität war nach dem so reibungslos verlaufenen Anschluss Österreichs (► 11.24) auf einem Höhepunkt angelangt. Die Meinung er werde alles, was er anpacke, zu einem guten Ende führen, war allgemein verbreitet. Aber Hitler plante noch im März 1938 den nächsten Coup, die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Indem er die seit dem Ende des 1. Weltkrieges im tschechoslowakischen Vielvölkerstaat lebenden Deutschen anstachelte, ihre Autonomieforderungen immer höher zu schrauben, sodass sie für den tschechoslowakischen Staat nicht mehr annehmbar wurden, löste er die Sudetenkrise aus. Die zwischen den 3,5 Millionen Sudetendeutschen und dem tschechoslowakischen Staat sich verschärfenden Spannungen nahm Hitler jetzt zum Anlass, die Abtretung des vorwiegend von Deutschen bewohnten Sudetenlandes an das Deutsche Reich zu fordern. Sein offen der Wehrmachtführung gegenüber geäußelter »unabänderlicher Entschluss«, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen«, veranlasste den Generalstabschef des Heeres, Gene-

raloberst Ludwig Beck, gegen Hitlers unvermeidliche Kriegspläne zu protestieren und von seinem Amt zurückzutreten. Um ihn und seinen Nachfolger im Amt, General Franz Halder, bildete sich jetzt eine Widerstandsgruppe, die, um den Krieg zu verhindern, zum Staatsstreich entschlossen war und der britischen Regierung signalisierte, Hitlers aggressivem Vorgehen entgegenzutreten. Der britische Premierminister Neville Chamberlain aber glaubte, mit Konzeptionsbereitschaft Hitler von einem gewaltsamen Schritt gegen die Tschechoslowakei abzuhalten zu können (»Appeasement-Politik«). Er ließ seine Vermittlungsdienste an und flog am 20. und 22. September 1938 zu Besprechungen mit Hitler nach Deutschland. Als Hitler auf einen Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei und auf der Abtretung des Sudetenlandes beharrte, musste Chamberlain die Hilfe Mussolinis in Anspruch nehmen, um doch noch zu einem Abkommen auf friedlichem Wege zu gelangen.

Als von Chamberlain, Mussolini, Hitler und dem französischen Ministerpräsidenten Édouard Daladier am 30. September 1938 unterzeichnete Münchener Abkommen verpflichtete die Tschechoslowakei, ab 1. Oktober die Sudetenlandschaft zu räumen, die gleichzeitig von deutschen Truppen besetzt wurden. Großbritannien und Frankreich garantierten der Tschechoslowakei die Existenz ihres Reststaates. Hitler und Chamberlain unterzeichneten am 30. September eine deutsch-britische Nichtangriffskonsultationserklärung, in der sich beide Mächte verpflichteten, für die friedliche Regelung aller Streitfragen einzutreten. Hitler erklärte, keine weiteren territorialen Ansprüche mehr zu haben.

11.26 Protektorat Böhmen-Mähren

Der britische Premierminister Neville Chamberlain glaubte, mit dem im Münchener Abkommen (► 11.25) erzielten Ergebnis den »Frieden in unsere Zeit« gerettet zu haben. Für Hitler aber bedeutete das Abkommen von München nur eine ärgerliche Verzögerung seiner Pläne. Die »Zerschlagung der Resttschechei« als Voraussetzung für seinen Angriffskrieg gegen Polen zur Gewinnung von Lebensraum (► 11.30) für das deutsche Volk verlor er nicht aus den Au-

gen, sie wurde schon im Frühjahr 1939 vollzogen. Während sich die Slowakei am 14. März 1939 aus dem tschechoslowakischen Staatsverband löste, ihre Unabhängigkeit erklärte, dann aber ein Vasallenstaat Hitler-Deutschlands wurde, musste der tschechoslowakische Staatschef Emil Hacha, in einer Nachtsitzung in Berlin von Hitler und Göring unter schwersten psychischen Druck gesetzt, ein Abkommen unterzeichnen, das »das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt«. Noch in der Nacht zum 15. März begann die Wehrmacht, Böhmen und Mähren zu besetzen. Hitler verkündete die Errichtung des »Reichsprotectorates Böhmen und Mähren«. Die Länder wurden dem Deutschen Reich eingegliedert mit eingeschränkter Souveränität, eigenem Staatsoberhaupt und eigener Regierung, die freilich unter der strikten Oberaufsicht des Reichsprotectors stand. Erster Reichsprotector wurde der bisherige Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, den Hitler anlässlich der Blomberg-Fritsch-Krise Anfang Februar 1938 durch den überzeugten Nationalsozialisten Joachim von Ribbentrop ersetzt hatte. Hitler hatte nun aber endgültig das Vertrauen Chamberlains verloren, der am 31. März 1939 der polnischen Regierung eine Garantieerklärung für den Fall eines deutschen Angriffs auf Polen gab; Frankreich schloss sich dieser Erklärung an.

11.27 Hitler-Stalin-Pakt

Die nationalsozialistische Propaganda hatte neben dem bereits im Parteiprogramm von 1920 als Hauptfeind bezeichneten »Weltjudentum« besonders den »Weltbolschewismus« erbittert bekämpft und die von der Kommunistischen Internationale ausgehenden Bestrebungen, die westlichen Staaten zu unterwandern und die Weltrevolution vorzubereiten. Auch in dem 1936 mit Japan abgeschlossenen Antikominternpakt (► 11.20) war diese antikommunistische Frontstellung deutlich zum Ausdruck gekommen, die auch in der westlichen Welt Sympathien fand. Die Nachricht vom Abschluss des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939, zu dem der deutsche Außenminister von Ribbentrop nach Moskau gereist war,



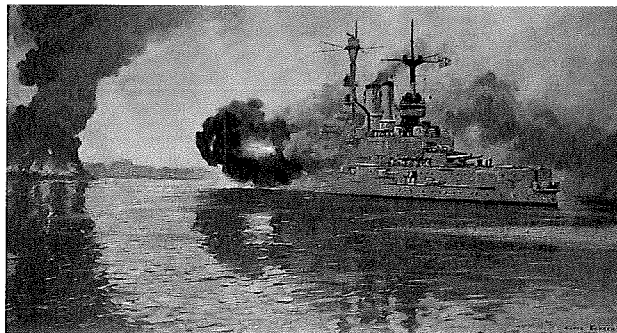
◀ Die für alle Welt überraschende Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion kommentierte die »Evening Standard« als Abmachung der sich in heuchlerischer Weise freundlich grüßenden Todfeinde Hitler und Stalin auf Kosten Polens

wurde deshalb in Frankreich und Großbritannien, die zur gleichen Zeit mit Moskau über eine Koalition gegen Hitlerdeutschland verhandelten, als Sensation größten Ausmaßes empfunden. Auch in Deutschland löste der »Hitler-Stalin-Pakt« höchstes Erstaunen aus, auch bei hohen Parteifunktionären, da man ja ganz andere Töne aus der Parteipresse gewohnt war. Jetzt aber pries das Reichspropagandaministerium den Vertragsabschluss enthusiastisch als Hitlers Meisterstück. Hitler hatte nun freie Bahn für den Angriff auf Polen, außerdem glaubte er, Großbritannien und Frankreich würden jetzt nicht wagen, wegen Polen mit dem Deutschen Reich einen Krieg zu beginnen. In einem geheimen Zusatzprotokoll zum Vertrag waren die gegenseitigen Interessensphären abgesteckt worden. Deutschland erklärte sein Desinteresse an Finnland, Estland und Lett-

land, erhob aber Anspruch auf Litauen. Die Sowjetunion bekundete ihr Interesse an Bessarabien in Südosteuropa. Polen wurde erneut geteilt, die Demarkationslinie sollte durch die Flüsse Narew, Weichsel und San festgelegt werden.

11.28 Überfall auf Polen

Das Verhältnis zu Polen war in der Zeit der Weimarer Republik ständig gespannt gewesen, weil keine Reichsregierung und keine deutsche Partei die im *Versailler Vertrag* (► 10.11) getroffene Ostgrenzenregelung mit dem die Provinz Ostpreußen vom Reich trennenden »polnischen Korridor« und dem Sonderstatus Danzigs als »Freie Stadt« anerkannte. Ausgerechnet Hitler überraschte die Weltöffentlichkeit und das deutsche Volk mit dem Deutsch-Poln-



◀ Mit der Beschießung der festungsartig ausgebauten Westerplatte bei Danzig durch das Linienschiff »Schleswig-Holstein« begann am 1. September 1939 um 4.45 Uhr der deutsche Überfall auf Polen (Farbpostkarte nach einem Gemälde von Claus Bergen)

sehen Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934, der beide Partner für zehn Jahre zu einem friedlichen Interessenausgleich verpflichtete. Hitler benötigte den Vertrag, um die Friedensbereitschaft seines Regimes unter Beweis zu stellen und ungestört im Innern die nationalsozialistische Diktatur vollenden zu können. Wenige Wochen nach dem *Münchener Abkommen* (► 11.25) schlug Hitler der polnischen Regierung eine grundlegende Neuregelung der beiderseitigen Grenzen vor. Hauptpunkte des Vorschlages waren eine exterritoriale Autobahn durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen und die Rückkehr Danzigs zum Reich. Hitler dachte zu diesem Zeitpunkt noch an ein Arrangement mit Polen gegen die Sowjetunion, bei dem Polen Kriegsgewinne in der Ukraine in Aussicht gestellt wurden.

Die Situation änderte sich aber, nachdem Hitler im März 1939 die Tschechoslowakei besetzt hatte und Polen im Besitz der Garantieverprechen der Westmächte war. Mit dem Abschluss des *Hitler-Stalin-Paktes* (► 11.27) hatte sich Hitler endgültig für ein Zusammengehen mit der Sowjetunion gegen Polen entschieden. So ließ er die noch in letzter Minute unternommenen Vermittlungsversuche Großbritanniens und Italiens scheitern und verschaffte sich mit dem von der SS inszenierten, angeblich von polnischen Freischärlern auf den Sender Gleiwitz ausgeführten Überfall vom 31. August 1939 ein unglaubwürdiges Alibi zur Eröffnung der Kriegshandlungen gegen Polen.

Die am 3. September überreichten Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs lösten, da sie nicht erwartet worden waren, in der Reichskanzlei ratlose Betroffenheit aus, die Göring, der über einen schwedischen Verbindungsmann noch letzte Friedensinitiativen versucht hatte, zu der Bemerkung veranlasste: »Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein.« Den von Norden, Westen und Süden angreifenden, an Zahl und Bewaffnung weit überlegenen deutschen Armeen waren die polnischen Truppen trotz tapferen Widerstandes nicht gewachsen. In mehreren Kesselschlachten wurde der Großteil der polnischen Streitkräfte zur Kapitulation gezwungen. Am 17. September begann auch der Einmarsch der sowjetischen Armeen. Warschau gab erst am 27. September, dem dritten Tag des von Hitler befohlenen Bombardements,

Deutsche und Russen legten am 28. September die endgültige Grenzlinie am Bug fest, ganz Zentralpolen mit der Hauptstadt Warschau kam unter deutsche Militärverwaltung. Die baltischen Staaten einschließlich Litauens und das vorwiegend von Weißruthenen und Ukrainern bewohnte Ostpolen wurden in den sowjetischen Machtbereich eingegliedert.

11.29 Generalgouvernement

Die anfänglich unter Militärverwaltung gestellten besetzten polnischen Gebiete wurden am 12. Oktober 1939 zu einem »Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete« zusammengefasst und einem Hitler unmittelbar unterstellten Generalgouverneur übergeben, dem Leiter des Rechtsamts der NSDAP, Hans Frank. Er war verantwortlich für die nun einsetzende brutale Besatzungspolitik, die darauf abzielte, durch Ausschaltung und Vernichtung der polnischen Intelligenz das polnische Volk führerlos zu machen und Platz zu schaffen für den für die »germanische Herrenrasse« vorgesehenen *Lebensraum* (► 11.30). Ihm zur Seite stand der von Hitler zum »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« ernannte Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei *Heinrich Himmler* (► 11.31), der mit rücksichtslosen Terrormaßnahmen Ausrottungspolitik betrieb und eine Germanisierung des Ostraumes anstrebte.

Die westlichen, zum Teil von Deutschen besiedelten polnischen Gebiete wurden am 1. November 1939 als »Warthegau« und »Reichsgau Danzig-Westpreußen« mit dem Deutschen Reich vereint. Die polnische Bevölkerung dieser Provinzen wurde in das Generalgouvernement ausgewiesen. Die ursprünglich zur Wahrnehmung sicherheitspolitischer und nachrichtendienstlicher Aufgaben aufgestellten Einsatzgruppen aus Angehörigen der Gestapo, des Sicherheitsdienstes, von SS- und Polizeieinheiten erhielten mehr und mehr »Sonderaufgaben«, womit in der Sprache der deutschen Besatzungsmacht ausgesprochene Terror- und Vernichtungsaktionen getarnt wurden.

Die jüdische Bevölkerung wurde zusammengedrückt und in mehreren Städten in Ghettos gepfercht. Das Tragen des Judensterns wurde hier

erstmalig angeordnet. Gleichzeitig begann Himmler mit der Umsiedlung so genannter Volksdeutscher aus den baltischen Staaten, aus der Ukraine und Weißrussland, die in diesen Gebieten seit Jahrhunderten ansässig gewesen waren. Über 900 000 Volksdeutsche wurden bis Mitte 1944 in das »Großdeutsche Reich« umgesiedelt. In der Zeit der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 sind mehr als 6 Millionen Polen, darunter rund 3 Millionen Juden, ums Leben gekommen.

Der Zweite Weltkrieg – Europa und Nordafrika 1939 bis Herbst 1942



11.30 »Lebensraum«-Politik

Schon in seinem Bekenntnisbuch »Mein Kampf« hatte Hitler 1925 als eines der wichtigsten Ziele seines außenpolitischen Programms die Gewinnung von neuem »Lebensraum für das deutsche Volk hervorgehoben. Er dachte dabei nicht nur an die Rückgewinnung der im Versailler Vertrag (► 10.11) abgetretenen deutschen Gebiete, sondern an die Eroberung eines

geschlossenen Gebietes im Osten. Mehrfach hatte er dabei die Ukraine erwähnt. Dieser nach der Machtübernahme getroffenen Maßnahmen, die Aufrüstung der Wehrmacht (► 11.23), der Vierjahresplan (► 11.21) und der Ausbau des »Großdeutschen Reiches«. Wiederholt hatte er auch den Spitzen der Wehrmacht dieses Ziel deutlich vorgestellt, erstmals am 2. Februar 1933, zuletzt am 23. Mai 1939: »Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten ...« Der die Welt überraschende Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts (► 11.27) vom 23. August 1939 bedeutete nicht die Aufgabe der auf die Ukraine zielenden deutschen »Lebensraum«-Politik. Schon im September 1940 war der Überfall auf die Sowjetunion fest in Hitlers Gesamtkriegsplan einbezogen. Und mit dem Beginn des Russlandfeldzuges (Unternehmen Barbarossa, ► 11.35) setzte sogleich die psychologische Kriegführung der nationalsozialistischen Eroberungs- und Rassenpolitik ein. Die Soldaten der Ostfront wurden durch »Führerbefehle« auf die neuen Gegner eingestimmt, die von der jüdisch-bolschewistischen Ideologie verurteilt und als Angehörige einer minderen Rasse angesehen wurden, als Untermenschen, die es zu unterwerfen und unschädlich zu machen galt. Aber gerade dieses Überlegenheitsbewusstsein und die aus ihm resultierende ungenügsam menschliche deutsche Besatzungspolitik in Osteuropa haben dazu geführt, dass sich die sowjetische Bevölkerung im Widerstand gegen die »großgermanischen« Eroberer zusammenschloss und die Rote Armee schließlich die Wende des Krieges herbeiführte. Spätestens mit der Katastrophe von Stalingrad (► 11.41) im Januar 1943 war Hitlers »Lebensraum«-Politik gescheitert. Millionen Deutsche schalteten am Ende des Krieges mit dem Verlust ihrer Heimat und ihrer Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten für den Größenwahn ihres »Führers«.

11.31 Heinrich Himmler und der SS-Staat

Der mächtigsten Männer in der Führungszentrale des Dritten Reiches war der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler. Geboren in München am 7. Oktober

1900 als Sohn eines Gymnasialdirektors wuchs Himmler in einem gutbürgerlichen, katholischen Milieu auf, meldete sich 1917 als Kriegsfreiwilliger, kam aber nicht mehr zum Fronteinsatz. Nach dem Kriege studierte er Landwirtschaft und beendete sein Studium mit dem Diplom. Im August 1923 kam er zur NSDAP und nahm am Hitlerputsch (► 10.23) vom 9. November 1923 teil. Früh wurde er Mitglied der so genannten Schutzstaffel, der Leibwache Hitlers. Im Januar 1929 übernahm er diese aus knapp 300 Mann bestehende Einheit und baute sie zu einer Eliteformation innerhalb der SA als parteinterne Polizeitruppe aus. Mit der Machtübernahme wurde Himmler kommissarischer Polizeipräsident in München, danach Kommandeur der politischen Polizei in Bayern; er richtete in Dachau eines der ersten Konzentrationslager (► 11.39) ein. Ihm als Leiter der politischen Polizei und der Gestapo übertrug Göring die Liquidierung der SA-Führungsspitze am 30. Juni 1934. Nach der Entmachtung der SA wurde die SS eine selbstständige Organisation. Als Reichsführer SS unterstand Himmler direkt dem »Führer«. Die KZ wurden der SS unterstellt. Seit Juni 1936 besaß Himmler auch die Kontrolle über die gesamte deutsche Polizei, baute die Gestapo reichseinheitlich aus und führte die personelle Verschmelzung von SS und Polizei durch. Unter dem einem »Blut und Boden«-Kult anhängenden Himmler wurde die SS zu einem elitären Männerorden. Mit dem Beginn des Krieges entstand neben der Wehrmacht die Waffen-SS, eine mit modernsten Waffen ausgerüstete Kampftruppe, deren Divisionen im Fronteinsatz mit den Heeresverbänden konkurrierten. Als »Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums« führte Himmler in den besetzten Ostgebieten eine brutale Umsiedlungs- und Germanisierungspolitik durch. Er wurde durch die von ihm gesteuerten Einsatzgruppen der Organisator der Terrormaßnahmen und der Massenmorde und der Initiator der zur »Endlösung der Judenfrage« eingeleiteten Vernichtungsaktionen. Himmler baute sich mit den verschiedenen Ämtern seines SS- und Polizeiapparates eine nahezu allgegenwärtige und perfekt funktionierende Macht auf, sodass man von einem »SS-Staat« gesprochen hat. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) war die zentrale Kommandostelle für die Sicherheitsdienste des Staates und der Partei.

Als die ersten Rückschläge an den Fronten die nahende Wende im Kriegsgeschehen ankündigten, wurde Himmlers Machtapparat noch weiter ausgebaut. Im August 1943 wurde er Reichsinnenminister, nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 (► 11.45) ernannte Hitler ihn zum Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und beauftragte ihn mit der gnadenlosen Verfolgung der Verschwörer. In den letzten Kriegsmonaten versuchte Himmler mit den Westalliierten in Verbindung zu treten mit dem Ziel, an der Westfront den Krieg zu beenden und aufseiten der Westmächte den Krieg gegen die Sowjetunion mit der deutschen Wehrmacht fortzusetzen. Hitler hat ihn deswegen in seinem politischen Testament aus der Partei und allen seinen Ämtern ausgestoßen. In der Verkleidung eines Feldpolizisten geriet Himmler in britische Gefangenschaft und nahm sich, als er erkannt wurde, am 23. Mai 1945 das Leben.

11.32 Frankreichfeldzug

Im Gegensatz zu führenden Generalen der Wehrmacht, die in Erinnerung an die Erfahrungen von 1914 vor einem überstürzten Angriff im Westen warnten und zugleich auf die Befestigungsanlagen der Maginotlinie hinwiesen, wollte Hitler die Siegesstimmung in der Truppe nach dem »Blitzsieg« über Polen ausnutzen und sofort den Angriffsbefehl gegen Frankreich geben. Der für Anfang November 1939 angesetzte Angriffstermin musste jedoch insgesamt 29-mal verschoben werden, zuletzt wegen der kurzfristig angeordneten Blitzfeldzüge gegen Dänemark und Norwegen am



◀ Der sechswöchige Westfeldzug der deutschen Wehrmacht endete mit der militärischen Niederlage Frankreichs. Der Waffenstillstand wurde am 22. Juni 1940 am selben Ort geschlossen wie der Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten 1918: in einem Eisenbahnsalonwagen im Wald von Compiègne

9. April 1940, mit denen die bevorstehende Besetzung Norwegens durch britische Truppen vereitelt und der Transportweg von den schwedischen Erzlagern nach Narvik gesichert wurde. Am 10. Mai begann schließlich der deutsche Angriff im Westen, bei dem – wie schon 1914 – die Neutralität der Niederlande und Belgiens nach einem Luftangriff auf Rotterdam am 15. Mai zur Aufgabe des Widerstandes gezwungen wurden und die belgische Armee am 28. Mai kapitulierte, gelang den weit überlegenen deutschen Panzerverbänden der Durchbruch durch die Ardennen und der rasche Vorstoß bis an die Kanalküste bei Abbéville (20. Mai), wodurch die alliierten Streitkräfte in zwei Teile auseinander gebrochen wurden. Die auf Düinkirchen zurückflutenden Einheiten des britischen Expeditionskorps konnten vor der drohenden Einschüpfung und Gefangennahme in einer beeindruckenden Aktion, allerdings ohne schwere Waffen und Gerät, nach England übersetzt werden – begünstigt auch dadurch, dass den deutschen Panzerdivisionen auf Anordnung Hitlers befohlen wurde, ihren zügigen Vormarsch für einige Tage anzuhalten. Mit dem Vorstoß der deutschen Armeen auf Paris am 5. Juni begann der zweite Abschnitt des Feldzuges. Schon am 14. Juni wurde Paris nahezu kampflos besetzt. Die gefürchtete Maginotlinie wurde jetzt von rückwärts aufgerollt. Am 18. Juni bat der neue französische Ministerpräsident, Marschall Pétain, im 1. Weltkrieg Verteidiger von Verdun (► 9.19), um einen Waffenstillstand. Am 22. Juni 1940 wurde der Waffenstillstand im Wald von Compiègne in dem am

9. November 1918 die deutsche Delegation die härteren Waffenstillstandsbedingungen entgegengenommen hatte.

Der größte Teil Frankreichs blieb von der Wehrmacht besetzt, im südlichen, unbesetzten Teil residierte die Regierung Pétain mit Sitz in Vichy. Hitler, der mit dem Befehl zum Durchbruch durch die Ardennen einen vorherigen vom Oberkommando des Heeres abgelehnten Feldzugsplan des Generals von Manstein aufgegriffen hatte, konnte jetzt den überlegenden Sieg auf sein Konto buchen. Selbst die geschulten Generalstabsoffiziere begannen, die geschulten »Feldherrngenie« zu glauben. Hitler selbst entwickelte ein Unfehlbarkeitsbewusstsein und hörte nicht mehr auf den Rat der Generäle.

11.33 Luftschlacht um England

Nach wie vor war es Hitlers Wunsch, so bald wie möglich den Kampf mit Großbritannien zu beenden, um sich in seinem weltpolitischen Programm mit dem Inselstaat zu arrangieren. Großbritannien sollte die deutsche Vormachtstellung auf dem Kontinent anerkennen, Deutschland würde im Gegenzug mit der britischen Führungsrolle auf den Weltmeeren, auch gegenüber den Vereinigten Staaten, einverstanden sein. In Großbritannien aber war am 10. Mai 1940 der bisherige Premierminister Neville Chamberlain, der lange an seiner Beschwichtigungspolitik (= Appeasement-Politik) festgehalten hatte, durch den sehr viel härteren Winston Churchill abgelöst worden. Mit ihm trat der Mann die weltpolitische Bühne, der als kein Zweiter zum unerbittlichen Widersacher des deutschen Diktators wurde und entschlossen war, auch die schwierigsten Situationen durchzustehen, um den Tyrannen zur Strecke zu bringen. Ein Friedens- und Verhandlungsangebot Hitlers nach dem Frankreichfeldzug ließ Churchill unbeachtet. So gab Hitler schließlich, wenn auch halbherzig, den Befehl, die Invasion der Insel vorzubereiten. Vorbedingung für das Gelingen dieses Unternehmens war, zuerst über dem britischen Luftraum die Luftherrschaft zu erringen.

Am 13. August 1940 begann deshalb mit einem Großangriff deutscher Luftwaffenverbände die Luftschlacht um England. In dem nun einset-

zenden Luftkrieg erlitten beide Seiten schwere Verluste, die aber auf deutscher Seite weitaus stärker ins Gewicht fielen, weil mit den über Großbritannien abgeschossenen Maschinen zugleich die bestausgebildeten Besatzungen durch Tod oder Gefangenschaft verloren gingen. Die deutschen Bomberverbände, die weit in englisches Gebiet eindringen, waren gegenüber der britischen Flugabwehr und den britischen Jägern ungenügend geschützt, weil die deutschen Jagdmaschinen den Begleitschutz



▲ Mit der deutschen Luftoffensive gegen England sollte die Invasion der Britischen Inseln vorbereitet werden. Das Bild zeigt einen Schwarm deutscher Jagdflugzeuge vom Typ Me-109 vor der Kanalküste bei Dover

nur begrenzt ausführen konnten und wegen Treibstoffmangels vorzeitig umkehren mussten. Das Ziel, die Luftherrschaft zu erringen, wurde nicht erreicht. Es war die erste Niederlage Hitlers. Der Invasionsplan wurde schon im Oktober 1940 wieder aufgegeben, der Luftkrieg jedoch noch bis zum Frühjahr 1941 in intensiver Form fortgesetzt. Dabei kam es zu schweren Luftangriffen auf britische Städte mit hohen Verlusten unter der Bevölkerung. Die Industriestadt Coventry wurde durch massierte Bombenangriffe am 14. November 1940 nahezu völlig zerstört.

Die deutsche Luftwaffe verlor bis Ende März 1941 2265 Maschinen. Hitler aber war nun entschlossen, die Sowjetunion anzugreifen und als möglichen Bündnispartner Großbritanniens auszuschalten.